



Gesellschaft für  
bedrohte Völker

bericht

# Unsere Menschenrechtsarbeit 2021





# Inhalt

Vorworte	5
Die Gesellschaft für bedrohte Völker	9
<b>Menschenrechtsthemen im Fokus</b>	
<b>Indigene Völker</b>	
Kupferbergbau auf Sami-Gebiet	13
Die ILO-Konvention: Ein Meilenstein nach langen Mühen	13
Residential Schools	14
Wasser ist Leben: Für Zugang zu Wasser und Schutz vor dem Klimawandel	15
Im Fokus: Der Bundestaat Pará	17
COP 26 in Glasgow	17
Politische Gefangene	18
<b>Ethnische, religiöse, sprachliche Minderheiten und Nationalitäten</b>	
Aktiv für Minderheiten	21
Einsatz für Afrin	24
Projekt Religionsfreiheit – Ausstellung „Nobody's Listening“	26
Interreligiöser Dialog	28
<b>Genozid-Prävention und Schutzverantwortung</b>	
Genozid an den Herero und den Nama	33
Bewaffnete Konflikte in Äthiopien	35
China: Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleiben bislang unbestraft	37
Bosnien und Herzegowina	41
Roma	42
Minderheiten in Myanmar	43
<b>Eine Stimme für die, die nicht gehört werden</b>	
Die GfbV bei den Vereinten Nationen	49
Die Sektionen der GfbV	50
Die Vielseitigkeit von Social Media	53
„Für Vielfalt“ – Zeitschrift für Menschen- und Minderheitenrechte	54
Die Regional- und Aktionsgruppen der GfbV	56
Geschäftsführung und Finanzen	57
Der Förderverein für bedrohte Völker e.V.	65
Auf einen Blick – wichtige Gremien und Kontakte	66
Impressum	67

# BUNDES SVORSTAND



**Burkhard Gaulty**, *Bundesvorsitzender*



**Eytan Çelik**, *stellv. Bundesvorsitzende*



**Kaan Orhon**, *Vorstandsmitglied*



**Abidine Ould-Merzough**, *Vorstandsmitglied*



**Heiko Wächter**, *Vorstandsmitglied*

# Vorworte

Liebe Mitglieder, liebe Freundinnen  
und Freunde der GfbV,

erneut blicken wir auf ein turbulentes Jahr zurück. Die besonderen Anforderungen des Alltags in der Pandemie sind inzwischen eingeübt. Die notwendigen Schritte in der Digitalisierung sind getan – und auch wenn Corona irgendwann kein Thema mehr sein wird, werden wir als Organisation von den Erfahrungen und neu erworbenen Fähigkeiten profitieren. Mobile Arbeit, Online-Seminare und digitale Gesprächsrunden zwischen Betroffenen und politisch Entscheidenden werden auch künftig Bestandteil unserer Arbeit bleiben.

Und diese Arbeit ist wichtiger denn je. Noch bevor Russlands Angriff auf die Ukraine die Weltlage prägte, brodelte es bereits auf dem Westbalkan. Indigene Völker von Sibirien bis Südamerika waren und sind durch die Ausbeutung der Rohstoffe auf ihrem Land Gewalt ausgesetzt. Die Kommunistische Partei Chinas bedrängt Hongkong immer stärker, während sie die turkstämmigen Nationalitäten Xinjiangs unerbittlich unterdrückt.

Der Sommer des letzten Jahres ließ wieder mehr Proteste auf der Straße zu. Auch persönliche Treffen mit Entscheidungstragenden wurden häufiger möglich. Es gab eine große Ausstellung in Karlsruhe und die ersten Fachkonferenzen fanden in Präsenz statt. Kurz: Die neue digitale Normalität wurde wieder mehr durch die „alte“ Normalität ergänzt.

Zugleich war das vergangene Jahr außergewöhnlich, weil dem Göttinger Bundesbüro erstmals keine Führungsfigur vorstand. Die Lücke haben drei langjährige Mitarbeiter gefüllt, die jeweils die Verantwortung für eine der Abteilungen übernommen haben. Serdar Baysal, Daniel Matt und Hanno Schedler möchten wir dafür besonders danken. Seit Anfang dieses Jahres leitet Roman Kühn als neuer Direktor die Geschicke der Gesellschaft. Er stellt sich im folgenden Abschnitt vor. Auch alle weiteren Kolleginnen, die jüngst zu uns gestoßen sind, werden Sie in diesem Bericht kennenlernen. Wir sind glücklich und dankbar, dass die GfbV weiterhin so fähige und engagierte junge Menschen anzieht, die sich für unsere wichtigen Themen einsetzen.

Besonders dankbar sind wir einmal mehr Ihnen, liebe Mitglieder und Ehrenamtliche, liebe Spenderinnen und Spender, Förderinnen und Förderer, Abonentinnen und Abonenten. Ihr fortdauernder Einsatz und Ihre Treue ermöglichen unseren gemeinsamen Einsatz für die Betroffenen. Haben Sie vielen Dank und bleiben Sie gesund!

Herzliche Grüße  
Der Bundesvorstand

Liebe Leserinnen und Leser,

als ich zum Anfang dieses Jahres als neuer Direktor die Leitung der Gesellschaft für bedrohte Völker übernommen habe, war die Welt noch eine andere. Nicht, dass sie friedlich gewesen wäre. Zahlreiche Konflikte betrafen die Rechte von Minderheiten und Völkern, überall auf der Welt. Der russische Angriff auf die Ukraine hat international vieles durcheinandergewirbelt. Auch hier im Bundesbüro haben wir, vor allem in den ersten Kriegswochen, viel zum Thema gearbeitet. Wir haben uns klar positioniert, appelliert, informiert, beraten, Veranstaltungen organisiert und demonstriert – und wo es ging auch ganz konkret geholfen. Die grausame Gewalt direkt vor unserer Haustür darf unseren Blick jedoch nicht trüben: Keiner der Konflikte, die vorher schon tobten, ist dadurch verschwunden.

Die GfbV ist nun weiter in der Pflicht, sich einzusetzen. Manche Autokraten werden den Angriffskrieg Putins als Signal verstehen, dass Grenzen wieder verschoben werden können, Kriegsverbrechen nicht geahndet werden und die eigenen Interessen über dem Völkerrecht stehen. Wie geht nun die GfbV mit der sich ändernden Weltlage um? Es wird mehrere Punkte brauchen, um die erfolgreiche Arbeit der letzten Jahrzehnte fortzusetzen:

- 1. Authentizität:** Das größte Kapital, das die GfbV hat, ist Authentizität. Das heißt, grob gesagt: Man tut, was man sagt. Man prangert Ungerechtigkeiten an und legt dabei die gleichen Maßstäbe bei allen – auch sich selbst – an. Um diese Abwägungen im tagtäglichen Geschäft zu treffen, bedarf es eines guten Teams von Hauptamtlichen. Das hat die GfbV. Es weiter zu entwickeln und zu stärken, ist eine zentrale Aufgabe.
- 2. Fokus auf das Mandat:** Viele Krisen kommen gerade zusammen. Die GfbV hat jedoch nur begrenzte Ressourcen. Daher ist es immer eine



### **Roman Kühn**

Direktor der GfbV Deutschland  
Bei der GfbV seit Januar 2022

Kurzbio: Studium der Politikwissenschaften und Anglistik, Geschäftsführer bei der Jugend Europäischer Volksgruppen und bei der Vereinigung Junger Freiwilliger

Das gefällt mir an der GfbV: „Auf der richtigen Seite zu stehen und der Einsatz für Menschenrechte“

Abwägungsfrage: Wo wird der Schwerpunkt der Arbeit gesetzt? Das Leitbild der GfbV gibt hier reichlich Anleitung.

- 3. Verlässlicher Partner:** Zentral ist, dass die GfbV als zuverlässiger Partner wahrgenommen wird. Das betrifft verschiedenste Gegenüber: Betroffene, Politik, Medien, Fördergeber, aber auch Mitglieder. Langfristige Zusammenarbeit mit den oben Genannten, Kontakte pflegen ist zentral.

In diesem Jahr haben wir beispielsweise viel Energie in die Lobbyarbeit gesteckt. Ausdruck dessen waren die drei Besuche im Auswärtigen Amt mit den Uigur\*innen, der Ilham Tohti Initiative und Adrian Zenz, zwei Indigenen aus Brasilien, einer Gruppe Indigener aus Russland

sowie mit einem Vertreter der Banyamulenge. Diese Treffen zeigen, dass die Meinung der GfbV gehört wird und wir als Anwälte der Betroffenen wahrgenommen werden. Wir können für Betroffene „Türöffner“ zu Entscheidungsträgern in Deutschland sein, das ist ein sehr gutes Zeichen. Einen Schwerpunkt, auf den wir nun nach Corona wieder verstärkt setzen wollen, sind Reisen von Mitarbeitenden in Regionen, für die wir uns einsetzen. Wir versprechen uns davon: Präsenz zeigen bei Betroffenen auf der ganzen Welt, stabile Partnerschaften gründen und Kontakte knüpfen. Wir wollen damit die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit der GfbV weiter erhöhen. So ist Kamal Sido von einer Reise nach Katar zurückgekehrt, wo er zahlreiche Eindrücke über die Situation von religiösen Minderheiten, der Menschenrechtssituation der Gastarbeiter\*innen und der Nähe des Emirats zu islamistischen Gruppen sammeln konnte. Eliane Fernandes war auf einer Reise nach Brasilien. Es fand dabei bspw. ein Treffen mit Lula Lula da Silvas Wahlkampfmanager Ricardo Stuckert statt. Außerdem besuchte Eliane die deutsche Botschaft in Brasilia, sowie die Pataxó Hã-Hã-Hãe, die unter dem Brumadinho-Dammbruch von 2019 leiden, zu dem wir auch ein Beschwerdeverfahren gegen den TÜV-Süd bei der OECD führen.

**4. Klare Sprache und Sichtbarkeit:** Die Nachrichten und zahlreichen Aktionen der GfbV müssen wir auf verschiedensten Kanälen verbreiten. Wir nutzen hier die verschiedensten Kanäle der Sozialen Medien, aber auch die klassischen Medien.

**5. Aufstellen für die Zukunft:** Steigende Inflation und Energiepreise bereiten vielen Menschen Sorgen. Dass daher Spenden abnehmen können, ist nicht unwahrscheinlich. Daher müssen wir uns nach Drittmittelgebern umsehen, die die unabhängige Arbeit der GfbV unterstützen.

Abschließend möchte ich mich bei allen für die tolle Zusammenarbeit in meinem ersten Jahr bedanken!



*Roman Kühn zu Besuch bei der GfbV Sektion Bosnien und Herzegowina, Foto: Jasna Causevic*



Das GfbV-Team:

Roman Kühn, Hanno Schedler, Nadja Grossenbacher, Jasna Causevic,  
Eliane Fernandes, Regina Sonk, Dr. Kamal Sido, Tabea Giesecke,  
Daniel Matt, Jonas Bermaoui, Inse Geismar, Magdalena Otterstedt,  
Johanna Fischotter, Myriam Givens, Elena Dellmuth,  
Serdar Baysal, Christian Rach, Cécile Ayoub, Linda Döring

# Die Gesellschaft für bedrohte Völker

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation mit einem ganz besonderen Auftrag: 1968 gegründet setzen wir uns seit mehr als 50 Jahren weltweit für verfolgte und unterdrückte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und indigene Völker ein. Wir kämpfen gegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für den Schutz der Zivilbevölkerung im Krieg und gegen Vergewaltigung als Kriegswaffe. Wir streiten für die Landrechte indigener Gemeinschaften und gegen den Raubbau in ihrer Heimat. So engagieren wir uns für kurdische und christliche Gläubige im Nahen Osten, für Nuba, Darfuri oder Oromo in afrikanischen Ländern oder für Tibeter\*innen und Uigur\*innen, Adivasi und Rohingya in Asien. Genauso setzen wir uns für die Rechte der Aboriginal Australians oder der indigenen Völker auf den amerikanischen Kontinenten ein. Auch europäische Minderheiten wie die Inuit und Sami im Norden unseres Kontinents oder Sinti und Roma in Deutschland können auf uns zählen.

Permanent recherchieren wir die Lage bedrohter Minderheiten, halten Kontakt zu den Betroffenen, knüpfen Netzwerke, wenden uns an Politikerinnen und Politiker und erinnern sie im persönlichen Gespräch, in Briefen, Appellen und E-Mails immer wieder daran, dass deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik weltweit große Verantwortung trägt. Wir publizieren Menschenrechtsreporte, Dokumentationen und Memoranden, erstellen Gutachten, erbitten Hilfe für Notleidende, organisie-

ren Mahnwachen und informieren ständig die Presse über Menschenrechtsverletzungen. Deren Berichterstattung übt Druck auf politisch Verantwortliche aus und ist hilfreich bei unserem zähen Ringen mit Parteien, Regierungen oder Wirtschaftskonzernen für die Einhaltung der Menschenrechte.

Über soziale Medien und auf unserer Homepage, mit Ausstellungen, Vorträgen und in unserer Zeitschrift „Für Vielfalt“ informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung und Unterdrückung von Minderheiten. Ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten verschaffen wir Gehör vor nationalen, europäischen und internationalen Gremien. Kronzeug\*innen von Völkermord und schwersten Menschenrechtsverletzungen ermöglichen wir es, vor den Vereinten Nationen zu sprechen. So gelingt es uns immer wieder zu verhindern, dass Kriegsverbrechen verschwiegen und Menschenrechtsverletzungen verharmlost werden.

Unsere Mitglieder, Spenderinnen und Spender garantieren unsere Unabhängigkeit: Sie finanzieren mit ihren Beiträgen unsere wichtige Menschenrechtsarbeit und tragen so dazu bei, Leben zu retten, Leid zu lindern, Gerechtigkeit durchzusetzen und die Vielfalt unserer Welt zu bewahren. Dafür danken wir herzlich!



Gruppenbild mit Ashaninkas bei der COP 26 im November in Glasgow, Foto: Eliane Fernandes

Menschenrechtsthemen  
im Fokus:  
Indigene Völker

Indigene schützen  
Klima schützt!  
heißt  
GFBV

AM 9. AUGUST IST INTERNATIONALER TAG  
DER INDIGENEN VÖLKER!



**Welchen Beitrag  
leistest Du?**

**#machsnichtschlimmer, kauf bewusst!**

  
GfbV.de

Weniger is(s)t mehr – am Internationalen Tag der indigenen Völker haben wir unter anderem durch Plakate und Transparente ein breiteres Bewusstsein der Öffentlichkeit für Indigene geschaffen. Foto: Caroline Siems

# Kupferbergbau auf Sami-Gebiet

Einen großen gemeinsamen Erfolg erzielten das indigene Volk der Saami in Norwegen, Umweltschützer\*innen und Menschenrechtler\*innen im August 2021: Das Hamburger Unternehmen Aurubis zog sich aus dem Kupferbergbau bei Nussir im Norden von Norwegen zurück. Hier sollte das größte Kupferbergbauprojekt des Landes entstehen. Einziger Abnehmer der Produktion der Nussir ASA war Aurubis. Aber saamische Rentierhalter\*innen und Fischer\*innen liefen gegen das Projekt Sturm. Die Gesellschaft für bedrohte Völ-

ker (GfbV) hat gemeinsam mit dem „Dachverband Kritischer Aktionärinnen und Aktionäre“ und in enger Absprache mit dem Saami Council die Hauptversammlung (HV) von Aurubis im Februar 2021 erfolgreich für intensives Lobbying genutzt (Fragen an die HV, Pressearbeit). Schließlich kündigte Aurubis sein Memorandum of Understanding mit der Nussir ASA auf. Das Projekt liegt daher brach, bis Nussir einen neuen Partner gefunden hat.

# Die ILO-Konvention: Ein Meilenstein nach langen Mühen

Ein jahrzehntelanger Marathon endete am 23. Juni 2021: Am Sitz der International Labor Organisation (ILO) in Genf wurde die Ratifizierungsurkunde für die Konvention 169, das „Grundgesetz für indigene Völker“, durch die Bundesrepublik Deutschland hinterlegt. Schon Theo Rathgeber,

der in den 1990er Jahren das Referat indigene Völker bei der GfbV aufgebaut hat, hat für diese Ratifizierung intensives Lobbying betrieben. Der Bundestag hatte die Ratifizierung im April 2021 beschlossen.

# Residential Schools

Die Corona Pandemie hat die indigenen Völker hart getroffen. Meist leben sie abgelegen, ohne Zugang zu Medikamenten oder Impfungen. Wir haben mit Pressearbeit, Blogbeiträgen, Artikeln in der Zeitschrift „Für Vielfalt“ und einem Podcast Missstände angeprangert und den Forderungen indigener Sprecher\*innen in der Corona-Krise eine Stimme gegeben. Zum Amtswechsel in den USA im Januar 2021 und seiner Bedeutung für die Native Americans haben wir in den GfbV-Medien Bilanz gezogen zu den Auswirkungen der Politik von Donald

Trump auf die Native Americans. Ein Schwerpunkt der Öffentlichkeitsarbeit, leider wegen Corona ohne Straßenaktionen, galt ab Sommer 2021 der Tragödie indigener Kinder in den Residential Schools in Kanada. Mit Interviews, einem Artikel in der „Für Vielfalt“, Pressemeldungen, Beiträgen im Blog und einem Newsletter machten wir das Schicksal der mindestens 150.000 indigenen Kinder ab vier Jahren bekannt, die zwischen 1883 und 1996 diese Internate besuchen mussten.



- ✓ Rückzug des Hamburger Unternehmens Aurubis aus dem Kupferbergbau bei Nussir im Sami-Gebiet Norwegens
- ✓ **Die ILO-Konvention 169 wurde ratifiziert und ist inzwischen in Kraft – Das erfolgreiche Ende einer jahrzehntelangen Anstrengung!**
- ✓ Öffentlichkeit für die indigenen Kinder, die in Residential Schools in Kanada starben

# Wasser ist Leben: Für Zugang zu Wasser und Schutz vor dem Klimawandel

Sauberes Trinkwasser ist ein Menschenrecht. Auf der ganzen Welt leiden Menschen unter einem beschränkten Zugang. In vielen Ländern verschärft die Klimakrise die Wassernot. Wasserverschmutzung und -übernutzung durch Landwirtschaft oder Bergbau dezimieren Wasserressourcen schneller, als diese sich regenerieren können. Konflikte um Wasser betreffen besonders indigene Völker. Durch ihre direkte Koexistenz mit der Natur und Wasser als Trinkwasserquelle aber auch spirituelle Quelle, sind Indigene auf Zugang zu sauberem Wasser angewiesen.

Um ein breites Publikum für die Bedeutung von Wasser als Lebensgrundlage für Indigene zu sensibilisieren, machten wir über das ganze Jahr hinweg Öffentlichkeitsarbeit. Mit Factsheets, Pressemitteilungen, Newslettern und Blogartikeln rund um die Themen Klimakrise, Rohstoffabbau und Pestizideinsatz sowie Videostatements von Indigenen zeigten wir die Fragilität des Rohstoffs Wasser auf. Die „Für Vielfalt“- Ausgabe „Elemente“ enthält viele eindringliche Beiträge.



## **Eliane Fernandes**

Referentin für indigene Völker,  
mit Fokus auf Lateinamerika  
Bei der GfbV seit Januar 2022

Kurzbio: ehrenamtliche Arbeit bei der GfbV  
seit 2004

Das gefällt mir an der GfbV: „Ich kann mich für die Rechte der indigenen Völker engagieren, ihre Probleme bekanntmachen und die Aufmerksamkeit von den jeweiligen Regierungen wecken, sich nicht gegen, sondern für indigene Völker einzusetzen.“

Wir informierten gemeinsam mit Indigenen aus Chile über den problematischen Abbau von Lithium, das eine wichtige Rolle für die Mobilitätswende und mobile elektronische Geräte spielt. Im Norden Chiles sind Indigene von der mit dem Lithiumabbau einhergehenden Umweltzerstörung und Wasserknappheit betroffen. Die Konzerne, die sich am Lithiumabbau in Chile oder auch am Kupferabbau in Norwegen bereichern, geben vor, Umweltschutz zu fördern. Dabei lassen sie indigene Interessen jedoch weitestgehend außer Acht.

Deutsche Unternehmen tragen Verantwortung natürlich auch, wenn es um massive Boden- und Wasserbelastung durch Pestizideinsatz kommt.

Pünktlich zur Bayer Hauptversammlung Ende April haben wir unseren Bericht „Big in Brazil: Bayers Pestizidexporte und die Folgen für Indigene“ veröffentlicht. Die öffentliche Resonanz erreichte schließlich auch den Bayer Konzern, der uns schriftlich zu einem Dialog eingeladen hat.

Wo Staaten illegales Wirtschaften stillschweigend zulassen, bleiben die Interessen der oft marginalisierten indigenen Bevölkerung auf der Strecke. Ein Beispiel dafür ist der Rio Tarumã, der bis vor kurzem der Mittelpunkt des wirtschaftlichen und kulturellen Lebens der Chiquitanos war. An einem Tag im Januar dieses Jahres hörte das Wasser auf zu fließen. Was blieb, war verunreinigter Schlamm. Nach Wochen fand die Umweltbehörde flussaufwärts eine verlassene illegale Baustelle: Mit Baggern war versucht worden, das Flusswasser umzuleiten und aufzustauen. Bis heute ist nicht klar, wer dafür verantwortlich war. Für die Chiquitanos jedoch fehlt nun auf unbestimmte Zeit eine wichtige Lebensgrundlage. Um solche Katastrophen in Zukunft zu verhindern, brauchen Regulierungsbehörden ein besseres Bewusstsein für den Wert des Wassers.

Im Sommer 2021 protestierten Indigene in Brasilien wochenlang vor dem Kongressgebäude gegen Landraubgesetze, die die Demarkationen neuer Territorien nahezu unmöglich machen. Bestehende Demarkationen könnten sogar zurückgenommen werden. Wir unterstützen diese Proteste und berichteten über unsere Social Media sowie Pressekanäle. Wir beteiligten uns an Sitzungen mit dem indigenen Dachverband Brasiliens (APIB) und organisierten ein Gespräch mit dem BMZ darüber. Es gab Vorträge an der Universität Tübingen, in Freiburg, sowie in Hamburg. Eliane Fernandes sprach beim Parlamentarischen Beirat für Nachhaltigkeit zum Thema „Indigene in Brasilien“ über die Ashaninka.



*Report, April 2021, 45 Seiten*

**Kostenloser Download auf**  
[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

**ODER SCANNEN**



# Im Fokus: Der Bundestaat Pará

Im brasilianischen Tapajos bedrohen mehrere Infrastrukturprojekte die Lebensgrundlage der indigenen Gemeinschaften. Sie sollen Güter wie Soja und Rindfleisch schneller und günstiger ins Ausland transportieren. Leidtragende der Projekte wären insbesondere die indigenen Gemeinschaften. „Diese Projekte bringen nichts als Zerstörung für uns. Wir werden alles verlieren: unsere Kultur, unsere Sprache, unsere Bräuche“, sagt Juarez Munduruku. Juarez und Alessandra Korap Munduruku trafen wir bei einer Delegationsreise auf Einladung unserer Kolleg\*innen der GfbV-Schweiz, bei der sie einen Bericht über Infrastrukturmaßnahmen auf ihren indigenen Territorien vorstellten.

Darauf aufbauend organisierten wir eine Speakeer tour mit Telma Monteiro, Expertin für die Genehmigung von Infrastrukturprojekten in Brasilien. Aufgrund der Pandemie konnten die Treffen nur online stattfinden. Wir sprachen mit der Deutschen Bank, mit dem BMZ und natürlich auch mit Kolleg\*innen anderer NGOs. Im Dezember organisierten wir eine Onlineveranstaltung „Tapajós ameaçado“ – bedrohter Fluss Tapajós, in der wir einen Film zeigten, in dem insbesondere indigene Protagonist\*innen aus dem Bundestaat Pará zu Wort kommen.

## COP 26 in Glasgow

Wie in jedem November stand die UN-Klimakonferenz COP in unserem Fokus. In Glasgow war Eliane Fernandes für uns vor Ort. Side Events konnten corona-bedingt nur online stattfinden. Wir konnten gemeinsam mit dem Klimabündnis und der Klima-Allianz einen Slot im Deutschen Pavillon bespielen. Auf Einladung der GfbV sprach Francisco Piyãko, indigener Aktivist der Ashaninka im brasilianischen Bundesstaat Acre.



Ashaninka bei der COP 26, Foto: Eliane Fernandes

# Politische Gefangene


Machi Celestino Córdova war auch 2021 erneut im Hungerstreik. Er ist spiritueller Führer und sitzt nach einem Unrechtsurteil vom Februar 2014 in Haft. Wir forderten gemeinsam mit seinen Unterstützer\*innen in Chile und seiner Sprecherin faire Haftbedingungen, die es ihm ermöglichen, seine Spiritualität auszuleben. Der Machi selbst ist in einem sogenannten Zentrum für Bildung und Arbeit (CET) inhaftiert. Er klagt immer wieder über diskriminierende Behandlung und darüber, dass er sein Recht auf freie Religionsausübung nicht wahrnehmen kann.

Auch der indigene Aktivist Leonard Peltier, der seit Jahrzehnten in den USA in Haft sitzt wartet weiter auf seine Entlassung. Auf unserer Jahreshauptversammlung 2021 haben wir eine spontane Resolution dafür verabschiedet.



- ✓ Ausführliche Berichterstattung zum schwierigen Zugang zu Wasser für indigene Völker
- ✓ Beginn eines Dialogs mit dem Bayer-Konzern über den Export hochgiftiger Pestizide, die indigene Gebiete belasten
- ✓ Gespräche zwischen indigenen Aktivist\*innen und dem politischen Berlin

Menschenrechtsthemen  
im Fokus:  
Ethnische, religiöse,  
sprachliche  
Minderheiten und  
Nationalitäten



EU: KEINE HILFE  
FÜR ERDOGANS POLITIK  
IN SYRIEN

# Aktiv für Minderheiten

In einem Interview für unsere Zeitschrift „Für Vielfalt“ im Herbst 2021 brachte Anba Damian, Bischof der koptischen Kirche in Deutschland, seine Dankbarkeit und Anerkennung für die Arbeit der GfbV zur Sprache. Er schrieb, dass „die GfbV eine sehr wichtige Autorität und Adresse in Deutschland ist. Sie setzt sich für Menschen ein, die bedroht oder in Not sind – und das unabhängig von ihrer Hautfarbe oder ihrer Nationalität“.

In der Tat haben wir uns 2021 in verschiedenen Formen für viele verfolgte Minderheiten und Einzelpersonen eingesetzt. In vielen Pressemitteilungen, Radio- und TV-Interviews sowie in Zeitungsartikeln machten wir auf die Lage der kurdischen, assyrisch/chaldäisch/aramäischen, armenischen, mandäischen, christlichen, bahai oder yezidischen Minderheiten aufmerksam.

Viele Pressemitteilungen hatten die Lage der kurdischen und anderen politischen Gefangenen in der Türkei zum Thema. Darüber führten wir immer wieder Gespräche mit Mitgliedern des Bundestages, unter anderem mit Frank Schwabe (SPD), Frithjof Schmidt (Grüne) und Helin Evrim Sommer (Die Linke). Gemeinsam mit der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) appellierten wir an den Menschenrechtsausschuss und den Auswärtigen Ausschuss des Deutschen Bundestags sowie an Medien und die Öffentlichkeit. Der Appell wurde auch ins Englische übersetzt und an das EU-Parlament und internationale Medien gesandt. Von der Türkei forderten wir die Gewährleistung der Versammlungsfreiheit, der Presse- und Mei-



Memorandum, November 2021, 12 Seiten

**Kostenloser Download auf**  
[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

**ODER SCANNEN**



nungsfreiheit sowie die Freilassung aller politischen Gefangenen. Zur Menschenrechtlage in der Türkei verfassten wir ein Memorandum unter dem Titel: „Wie die Türkei gegen Exilant\*innen vorgeht: Transnationale Unterdrückung in Deutschland und weltweit“.



# Türkei:

## Erdogans Opfer brauchen

# UNSEREN BEISTAND!

**Die Würde des Menschen ist unantastbar!**

Auf dem kleinen Foto ist Selahattin Demirtaş zu sehen. Er steht für eine friedliche Politik des Ausgleichs und ist deshalb die große Hoffnung vieler Kurden in der Türkei. Doch seit 2016 er sitzt im Gefängnis – wegen „Terrorpropaganda“.

Foto: picture alliance/AP Photo | Lefteris Pitarakis

Wie sehr haben viele Menschen in Afghanistan darum gerungen, dass das auch für sie gilt. Sie haben **alles riskiert für Frieden und Freiheit**. Und wie sehr wurden sie enttäuscht. Wie sehr wünschen sich auch die Kurden in der Türkei, dass die Türkei ein Land der Demokratie und der Menschenrechte ist. Die kurdische Bevölkerung in der Türkei ist vielfältig und umfasst Kurden, Yeziden, Aleviten und Christen.

**Selbst bei uns ist der Hass schon zu spüren**, den Erdogan gegen Kurden und religiöse Minderheiten oder Oppositionelle schürt. Hier kurdische Todeslisten, Betroffene stehen in der Türkei.

Türkei Aci...  
Doch hier...  
Schon hat...  
versichert...  
unterstützen...  
Yeziden im...  
dem Kurdeng...  
mer in Nordsy...  
Herrschaft der...  
sind. In der Tü...  
fängnis – Kurde

Sehr geehrte Frau Präsidentin,  
der türkische Präsident hat Ihnen im Frühjahr deutlich seine Missachtung gezeigt: Er ließ Sie allein auf einem Sofa Platz nehmen, während EU-Ratspräsident Michel bei dem Gespräch gleichberechtigt neben ihm auf einem Sessel saß. Das war ein Affront gegen Sie als Frau. Diese Geste zeigt, dass Erdogan demokratische Werte mit Füßen tritt: Frauenrechte, Menschenrechte, eine unabhängige Justiz.  
Sie haben danach betont, dass u.a. die Respektierung der Frauenrechte, aber auch die Achtung von Urteilen des europäischen Menschenrechtsgerichtshofes wichtige Voraussetzungen für einen Dialog und gemeinsame Programme mit der Türkei seien. Diese Zurückhaltung der EU gegenüber Erdogan begrüße ich.

Darüber hinaus möchte ich Sie jedoch herzlich bitten, jetzt noch einmal ganz entschieden die Initiative zu ergreifen: Bitte finden Sie einen Weg, den kurdischen politischen Gefangenen Selahattin Demirtaş zu befreien. Als Mann des Ausgleichs und der Versöhnung gibt er der kurdischen Bevölkerung in der Türkei Hoffnung auf eine friedliche Lösung der Kurdenfrage. Er muss sofort freigelassen werden!

Datum, Unterschrift



atz für  
r aller  
zt für  
en!

# Unschuldig in Haft

Unser Einsatz für die Freilassung kurdischer politischer Gefangenen hat sich gelohnt. Die kurdische Künstlerin Hozan Cane und ihre Tochter, für die wir uns immer eingesetzt haben, kamen aus der türkischen Haft frei und durften die Türkei verlassen.

Ein anderer Erfolg für uns war die Nominierung des kurdischen politischen Gefangenen Selahattin Demirtaş (49) für den Weimarer Menschenrechtspreis.

*Verleihung des Menschenrechtspreises 2021: Mit dem Preis wurde sein Einsatz für eine friedliche Lösung der Kurdenfrage, Glaubensfreiheit und Gleichberechtigung der Menschen in der Türkei gewürdigt. Demirtaş sitzt seit 2016 unschuldig in Haft, weshalb sein Bruder die Auszeichnung entgegennahm.*

*Foto: Serdar Boztemur*



Verleihung des Menschenrechtspreises  
der Stadt Weimar  
an  
Selahattin Demirtaş  
entgegengenommen von seinem Bruder  
Süleyman Demirtaş  
am 10. Dezember 2021

Türkiyede haksız yere 5 yıldır  
tutuklu olduğu için insan hakları ödülünü  
almaya gelemeyen abim Selahattin ve  
Kürdistan halkı gibi baskı altında olan  
bütün halkların özür yarımları için

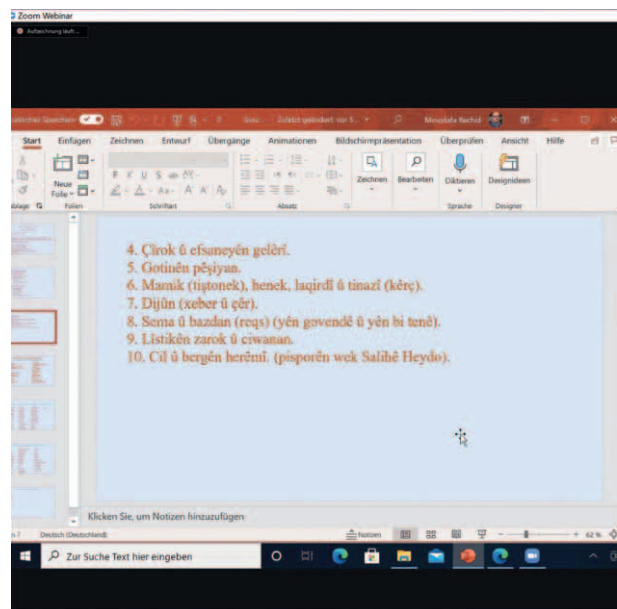
Teşekkürler Weimar

Süleyman Demirtaş  
*Sümt.*

# Einsatz für Afrin

Mit 30 Organisationen u. a. mit der „Syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte in Großbritannien“ (SOHR) verfassten wir eine gemeinsame Erklärung zum dritten Jahrestag der völkerrechtswidrigen Besetzung Afrins (Syrien) durch die Türkei. Wir forderten ein Ende der türkischen Besatzung der kurdischen Region in Nordsyrien. Wir wandten uns gemeinsam an den US-Präsidenten Joe Biden mit der Bitte, sich beim türkischen Machthaber für ein Ende der täglichen Angriffe auf die kurdischen und anderen Minderheiten in Syrien und im Irak einzusetzen. Anfang Juni 2021 fand eine gemeinsame Erklärung zur Lage der yezidischen Bevölkerung Afrins und den Islamisierungsversuchen der Türkei großes Echo. Viele Zeitungen haben diese Erklärung veröffent-

licht oder zitiert – weltweit und in englischer, arabischer, türkischer, polnischer, kurdischer und griechischer Sprache. Wir gaben Interviews, unter anderem beim WDR Funkhaus Europa, der Tagespost, dem SWR, dem Evangelischen Pressedienst, Voice of America und der Jerusalem Post. Zur Lage in Afrin verfassten wir eine Stellungnahme für den UN-Menschenrechtsrat. Wir haben die „Internationale Kommission für Vermisste Personen“ (ICMP) dabei unterstützt, Blutproben von in Deutschland lebenden Syrerinnen und Syrern zu sammeln. Diese sollen bei der Suche nach Vermissten zu helfen. In Einzelfällen unterstützten wir Menschen aus Äthiopien, Rumänien, Syrien, Türkei, Irak oder dem Iran in Asylsachen.



Afrin-Syrien-Webinar mit Moustafa Rechid am 12.06.2021 (Screenshot)

# Weitere Aktivitäten

Zur Lage der politischen Gefangenen und zur Situation der Minderheiten im Iran verfassten wir gemeinsam mit 31 weiteren Menschenrechtsorganisationen eine Erklärung. Mit der britischen Organisation „International Organisation to Preserve Human Rights“ verbreiteten wir einen offenen Brief zur Lage der inhaftierten Sufi im Iran. Wir unterstützen eine Kampagne der Bahai-Gemeinden Deutschlands gegen die zunehmende Hetzkampagne im Iran, gemeinsam mit Markus Grübel (MdB) dem Beauftragte der Bundesregierung für weltweite Religionsfreiheit, Heribert Hirte (MdB), Kai Gehring (MdB), Natalie Amiri (Moderatorin) und Düzen Tekkal (Journalistin). Die Aktion führte zu einer beispiellosen Welle der Solidarität. Wir schrieben ein „Aide Memoire“ zur Lage der Bahai im Iran gemeinsam mit der IGFM und der Bahai-Gemeinde Deutschland und sprachen mit dem damaligen Außenminister Heiko Maas.

Da 2021 die Pandemie noch voll im Gange war, haben wir viele Aktivitäten digital organisiert. Darunter Online-Seminare mit den Themen „33 Jahre nach dem Giftgaseinsatz gegen Kurden in Halabja (Irak)“, „Die Lage in Kurdistan (Irak, Syrien) im Zusammenhang mit dem Abzug der NATO aus Afghanistan“, „Der Umgang mit den Grauen Wölfen in Deutschland“ sowie mit dem PEGAH Wuppertal e. V. „10 Jahre der syrischen Revolte“. Zudem hielten wir einen Vortrag für die Mitarbeiter\*innen der Diakonie in Baden-Württemberg.



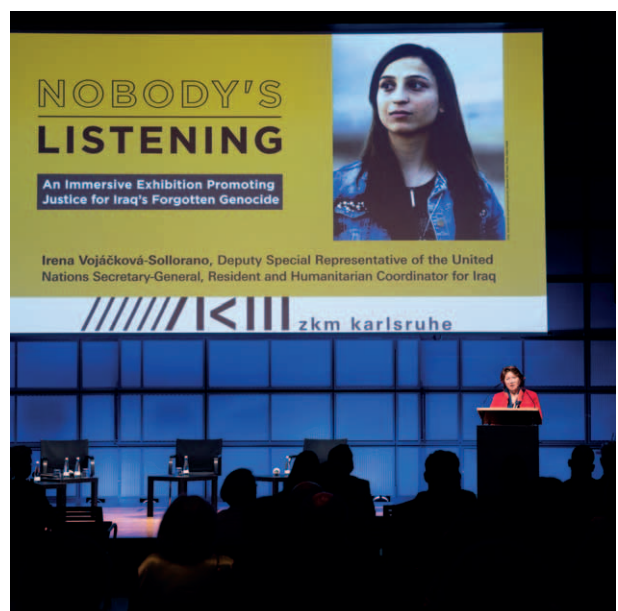
✓ Politische Gefangene: Weimarer Menschenrechtspreis für den Politiker Selahattin Demirtas und Freilassung der kurdischen Künstlerin Hozan Cane und ihrer Tochter

✓ Diverse Online-Seminare mit Betroffenen zur Lage von Minderheiten im Nahen Osten

✓ Aufarbeitung der Methoden der transnationalen Verfolgung durch die Türkei

# Projekt Religionsfreiheit – Ausstellung „Nobody's Listening“

Im Jahr 2021 lag der Fokus unseres Projekts zu Religionsfreiheit besonders auf der Gemeinschaft der Yezid\*innen und dem Genozid an ihnen von 2014. Damals hatte die Terrororganisation Daesh Angriffe auf yezidische Siedlungsgebiete gestartet, deren Ziel die komplette Vernichtung des Yezidentums war. Mit verschiedenen Kooperationspartner\*innen, wie dem Kurator Ryan Xavier D'Souza, dem Zentrum für Kunst und Medien in Karlsruhe (ZKM) und YAZDA, haben wir eine Ausstellung miterarbeitet, die den Genozid und die Geschichte des Yezidentums thematisiert. Die Ausstellung „Nobody's Listening“ war vom 1.10.2021 bis zum 23.01.2022 im ZKM zu sehen. Der Schwerpunkt lag dabei nicht nur auf der historischen Auseinandersetzung, sondern besonders auf der Aufarbeitung der Traumata und den bestehenden Herausforderungen für die Gemeinschaft. Die ausgestellten Kunstwerke waren von verschiedenen yezidischen Künstler\*innen, die manchmal schon in ihrer Gefangenschaft angefangen haben, zu malen. Ein weiterer wichtiger Teil der Ausstellung war eine Virtuelle-Realitäts-Erfahrung. Durch sie wurden Besucher\*innen in das zerstörte Sinjar versetzt. Geschichten von Yezid\*innen begleiten die Darstellung der Zerstörung und der verlassenen Häuser, in denen früher einmal yezidische Familien gelebt haben.



Saal für die Ausstellung „Nobody´s Listening“  
und Rednerin, © Felix Grünschloß



Teil unserer Arbeit war die Erstellung eines Rahmenprogramms. Wichtig war uns dabei, die junge Generation über das Yezidentum und über den Genozid von 2014 aufzuklären. Dafür sind wir in Schulen gegangen und haben eine Doppelstunde in den Klassen durchgeführt. Die Klassen wurden interaktiv in die Stunde einbezogen. Mit Hilfe der Kunstwerke aus der Ausstellung haben wir über die Geschehnisse diskutiert, aber auch Überlegungen angestellt, welche politischen und gesellschaftlichen Aspekte auch heute noch eine Rolle spielen. Beispiele dafür sind die Anerkennung des Genozides durch die deutsche Regierung, Verurteilung von Täter\*innen oder auch humanitäre Hilfen. Neben den Besuchen in den Schulen waren zwei Klassen vom Agneshaus in der Ausstellung. Wichtig war uns, dass auch Betroffene selbst die Ausstellung besuchen können. In Kooperation mit INSIDE OUT, einem Projekt für yezidische Jungen, haben wir zwei Besuche von yezidischen Jugendlichen im ZKM organisiert.

*Bilder von der Ausstellung „Nobody’s Listening“  
© Felix Grünschloß*



- ✓ Sensibilität komplett neuer Zielgruppen für diesen kaum beachteten Völkermord
- ✓ Stärkung der yezidischen Community in Deutschland

- ✓ Jugend-Bildungsarbeit mit Betroffenen

# Interreligiöser Dialog

Der interreligiöse Dialog ist ein wichtiger Teil, um Minderheiten zu stärken. Gemeinsam können sie sich vernetzen und auch gegenseitig eine Stütze sein. Nur durch das Abbauen von Vorurteilen und Stereotypen ist auch ein Miteinander möglich. Um miteinander über die bestehenden Konflikte zu reden und Brücken über alle ethnischen und religiösen Grenzen hinweg zu bauen, haben wir Angehörige verschiedener Religionen zusammengebracht.

Eine der größten Veranstaltungen dieses Jahr war eine Tagung in Kooperation mit der Stiftung Adam von Trott. Gemeinsam mit Sarah Reinke haben wir ein dreitägiges Programm ausgearbeitet, wo Vertreter\*innen verschiedener Religionen, wie Yezidismus, Bahá'í, Mandäismus, syrisch orthodoxer Kirche, Drusentum, Islam und Christentum teilnahmen. Die Religionen konnten sich über Gemeinsamkeiten, Unterschiede, aber auch Probleme austauschen. Zum Schluss war eine sehr freundschaftliche und gemeinschaftliche Atmosphäre entstanden. Wir haben vor, solche Treffen häufiger zu arrangieren, um nicht nur oberflächlich ins Gespräch zu kommen, sondern einen kontinuierlichen Austausch zu generieren.

Eine weitere Veranstaltung fand im Garten der Religionen in Karlsruhe statt. Zusammen mit dem Projekt für yezidische Jungen, INSIDE OUT, der AG Garten der Religionen und dem Kurator Ryan Xavier D'Souza haben wir eine gemeinsame Gesprächsrunde organisiert, wo yezidische Jugendliche von Vertreter\*innen der Religionen: Christentum, Judentum, Islam, Buddhismus, Hinduismus



## **Tabea Giesecke**

Referentin für ethnische, religiöse, sprachliche Minderheiten und Nationalitäten  
Bei der GfbV seit April 2022 in der jetzigen Position, davor ein Jahr lang als Projektleitung

Kurzbio: Studium der Religionswissenschaften und Geschichte, Arbeit als interkulturelle Trainerin, Lehrerin und Praktikantin bei Daniel Matt von der GfbV

Das gefällt mir an der GfbV: „Ich arbeite mit einem jungen Team zusammen und darf meine Kreativität hier voll ausleben!“

mus und Bahá'í, zu einem Dialog eingeladen wurden. Beim interreligiösen Dialog zeigten sich die yezidischen Jugendlichen sehr dankbar für die offene Art der Beteiligten und das Interesse am Yezidismus. Das Gespräch drehte sich viel um Sichtbarkeit und Repräsentation und was es heißt, Vertrauen zu haben, auch wenn grausame Schicksale Teil der eigenen Geschichte sind. Zum Ende des Tages haben alle Beteiligten, nach yezidischer Tradition, ein Stück Stoff um einen Ast gebunden und einen Wunsch für die yezidische Gemeinschaft ausgesprochen.



Gruppenfoto zum Anlass des interreligiösen Dialogs  
Foto: Caroline Siems



- ✓ Aufklärungsarbeit in Schulen: Wir haben über 200 Schüler\*innen im Rahmen des Projekts erreicht. Zu einigen Schulen wurde ein beständiger Kontakt aufgenommen.
- ✓ Durch unsere Arbeit haben wir einen großen Zuspruch der yezidischen Gemeinschaft erfahren. Selbst der Baba Sheikh hat sich persönlich in einem Telefonat für unseren Einsatz bedankt.
- ✓ Gemeinsamer Austausch zwischen religiösen Minderheiten und neue entstandene Verbindungen
- ✓ Medienecho: Unser Projekt wurde oft auch in den Medien wahrgenommen und insbesondere bei Interviewanfragen ist das Interesse an der Situation der Yezid\*innen positiv aufgefallen.



Austausch über unterschiedlichste Religionen  
Foto: Caroline Siems



Unser Adventskalender 2021: Hinter den 24 Türchen verbirgt sich die Geschichte von Sheeren, einer jungen Yezidin. Es ist eine Geschichte voller Spannung, Mut und Wahrheit.

Menschenrechtsthemen  
im Fokus:  
Genozidprävention und  
Schutzverantwortung



Protest vor der chinesischen Botschaft in Berlin, Foto: Hanno Schedler

# Genozid an den Herero und den Nama

Am 7. September 2021 sollte die vom deutschen und namibischen Staat ausgearbeitete „joint declaration“ im namibischen Parlament vorgelegt werden. Es ging um jenen Völkermord, den das deutsche Kaiserreich von 1904 bis 1908 an den Herero und den Nama begangen hat, der erste Genozid des 20. Jahrhunderts. Bis heute stehen Reparationszahlungen aus, die laut internationalen UN-Richtlinien vorgeschrieben wären. Bis heute werden die traditionellen Autoritäten der Nachkommen der Überlebenden kategorisch von den Verhandlungen ausgeschlossen.

Auch die „joint declaration“ hätte diese Geisteshaltung weitergeführt: An Bedingungen gebundene Entwicklungszusammenarbeitsgelder hätten den Deckmantel vermeintlicher Reparations-

zahlungen übergestülpt bekommen. Das Abkommen mit dem namibischen Staat hätte die Nachkommen der Überlebenden kaum einbezogen und die Diaspora gänzlich außenvorgelassen. Zudem ist eine Deklaration praktisch nicht einklagbar. Dies wurde durch leichte Formulierungsanpassungen innerhalb des Textes bestärkt.

Wir forderten Neuverhandlungen und die wirkliche Einbindung aller Nachkommen der Überlebenden. Die Bundesrepublik Deutschland muss die international gültigen UN-Richtlinien erfüllen und auf die Forderungen der Nachkommen der Überlebenden eingehen. Mit unserem Einsatz konnten wir dazu beitragen, dass die „joint declaration“ bisher nicht ratifiziert wurde.



Dr. Ngondi Kamatuka & Nadja Grossenbacher  
© Vepuka Kauari



v.l.n.r.: Dr. Ngondi Kamatuka, Sima Luipert, Vepuka Kauari,  
Christian Kopp, © Nadja Grossenbacher

# Was haben wir getan?

Wir standen in engem Kontakt mit einigen Nachfahren der Überlebenden sowie Aktivist\*innen und tauschten uns unter anderem über die Rechtslage aus. Dazu gehörten auch rechtliche Empfehlungen von unserer Seite, die als Argumente genutzt werden konnten.

Wir schrieben mehrere offene Briefe: zwei an den deutschen Bundespräsidenten Herrn Frank-Walter Steinmeier und einen an den namibischen Präsidenten Herrn Hage Geingob. Wir führten kurz vor der Vorlage der „joint declaration“ im namibischen Parlament ein Telefongespräch mit Herrn Polenz, dem Verhandlungsführer von deutscher Seite.

Wir hosteten eine Online-Veranstaltungsreihe zum Thema, im Zuge derer Nachkommen der Überlebenden zu Wort kamen. Wir leisteten technischen Support bei einer Pressekonferenz mit Herero und Nama Aktivist\*innen in Berlin, die dadurch auch online verfolgt werden konnte.

Wir reichten eine Stellungnahme beim UN-Menschenrechtsrat mit Handlungsempfehlungen ein. Wir haben durch mehrere Pressemitteilungen, ein Radiointerview und einen Podcast Medienaufmerksamkeit generiert und versucht, Druck aufzubauen. Unser diesbezügliches Engagement wurde sogar von einer namibischen Zeitung aufgegriffen.

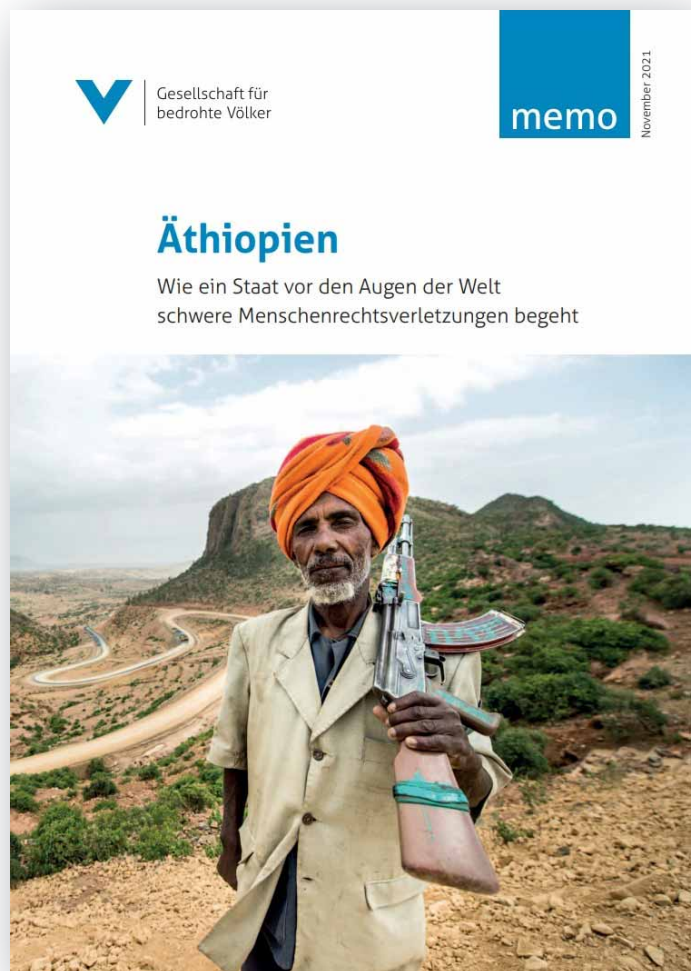


Webinar „Gespräch zu dem Abkommen in Namibia“, Quelle: GfbV (Screenshot); <https://www.youtube.com/watch?v=M0BE55GAT7M>

# Bewaffnete Konflikte in Äthiopien

Die blutigen Konflikte in Äthiopien haben sich im Jahr 2021 weiter zugespitzt. Abgesehen von den zahlreichen Todesopfern werden Zivilpersonen aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit verfolgt und willkürlich verhaftet. Im November 2021 haben wir ein Memorandum veröffentlicht, das einen Überblick über den Konflikt um Tigray sowie die Situation in Oromia gibt. Wir versuchten weiterhin, die Öffentlichkeit durch Radiointerviews, Pressemitteilungen und einen Podcast für die Vorkommnisse in Äthiopien zu sensibilisieren. Außerdem konnten wir unsere Zusammenarbeit mit OLLAA stärken. Die in den USA ansässige Organisation hat auch auf unser Memorandum verwiesen.

Neben Unterstützung in Einzelfällen konnten wir durch den Versand von Pressemitteilungen, der Veröffentlichung eines Podcast sowie Einschätzungen in Form von Radiointerviews die Öffentlichkeit erreichen. Wir haben mehrere Stellungnahmen beim UN-Menschenrechtsrat eingereicht, um auf die problematische Situation in Äthiopien und allem voran in Tigray hinzuweisen. Dabei gaben wir auch Handlungsempfehlungen ab. Wir haben einen Vortrag an der Universität in Göttingen in einem internationalen Masterstudiengang gehalten. Einer der Zuhörenden war selbst aus Äthiopien und hat unsere Analyse der Situation sehr begrüßt.



*Memorandum, November 2021, 21 Seiten*

**Kostenloser Download auf**  
[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

**ODER SCANNEN**





Zivilbevölkerung in Tigray, Foto: Nicolás Marino

Darüber hinaus äußerten wir uns in verschiedenster Form zur Lage in Süd-Ost-Nigeria, in der Westsahara, im Sudan, in Mauretanien und in Süd-Madagaskar. In Bezug auf die Westsahara traten wir der „Geneva Support Group“ bei und unterzeichneten zahlreiche Stellungnahmen mit. Dabei konnten wir durch Pressemitteilungen Medienaufmerksamkeit generieren, zum Beispiel über ein Fischereiabkommen mit Marokko in Bezug auf die Westsahara zum Sudan auf Africa-Live. In Vorbereitung einer für das Jahr 2022 geplanten Kampagne zu den Banyamulenge in der DR Kongo konnten wir erste Daten sammeln.



### Nadja Grossenbacher

Referentin für Genozid-Prävention und Schutzverantwortung

Bei der GfbV seit August 2021

Kurzbio: Studium in Menschenrechte und Konfliktforschung, arbeitete bereits in den Bereichen Medien, Tourismus, Kulturbranche und Forschungsassistentz, Subsahara-Afrika als Schwerpunkt

Das gefällt mir an der GfbV: „Der Zusammenhalt im Team und die Leidenschaft, sich für Menschenrechte einzusetzen“



✓ Herero- und Nama-Aktivist\*innen konnte an der Debatte über die „joint declaration“ in Deutschland teilnehmen

✓ Fortlaufende Berichterstattung über den Tigray-Konflikt in Äthiopien

✓ Vorbereitung unserer Kampagne zu den Banyamulenge in der DR Kongo

# China: Verbrechen gegen die Menschlichkeit bleiben bislang unbestraft

Die Menschenrechtslage in China ist nach wie vor desolat. Einige Minderheiten sind davon besonders betroffen. Auch im Jahr 2021 haben wir uns auf verschiedenste Weise für die Belange etwa der Uigur\*innen, Tiberter\*innen und Falun Gong-Praktizierenden eingesetzt.



Bei einer Olympia-Aktion in Hannover, Foto: Hanno Schedler

In zahlreichen Pressemitteilungen hoben wir hervor, dass sich die chinesische Regierung fast aller der in Artikel 7 des Statuts von Rom des Internationalen Strafgerichtshofes (IStGH) aufgelisteten Verbrechen gegen die Menschlichkeit schuldig gemacht hat. Mord, willkürliche massenhafte Festnahmen, politische Umerziehungslager, Folter, Massenüberwachung, kulturelle und religiöse Auslöschung, Familientrennung, sexuelle Gewalt und Zwangsarbeit sind Teil eines flächendeckenden und systematischen Angriffs auf die Bevölkerungsgruppe der turkstämmigen Muslime. Sie haben ein nie dagewesenes Ausmaß erreicht.

Um die Verantwortlichen zu bestrafen und die chinesische Regierung zu einem Kurswechsel zu bewegen, forderten wir mehr Engagement Deutschlands und der EU sowie ein koordiniertes Vorgehen der internationalen Gemeinschaft, darunter vor allem die Einrichtung einer Untersuchungskommission durch den UN-Menschenrechtsrat. Wir konnten einige Kronzeug\*innen für Zwangsarbeit, Kinderlager und Waisenhäuser aus Xinjiang/Ostturkestan in ihrem Exil ermitteln, ihre Aussagen sammeln und für eine Dokumentation schlüssige Nachweise für zahlreiche Verbrechen liefern. Das Uiguren-Tribunal in London (The Uyghur Tribunal) kam 2021 zum selben Urteil wie wir: Verbrechen an der überwiegend muslimischen Bevölkerung der Provinz Xinjiang erreichen nach Art. II. (d) der Konvention über die

Verhütung und Bestrafung des Völkermordes die Schwelle zum Völkermord.

Wir forderten und unterstützten multilaterale Maßnahmen (Verhängung von Visaverboten, Reiseverboten und gezielten individuellen Sanktionen gemäß dem US Global Magnitsky Act, dem EU Global Human Rights Sanctions Regime und anderen Menschenrechtssanktionen in Kanada, Großbritannien und anderswo). Wir ermutigten die Generalbundesanwaltschaft, strukturelle Ermittlungen einzuleiten, ähnlich den Voruntersuchungen des IStGH, und forderten Maßnahmen gegen Technologieunternehmen, die zum chinesischen Massenüberwachungsstaat in Xinjiang beitragen.



Bei einer Olympia-Aktion in Hannover, Foto: Hanno Schedler

## Olympische Spiele im Land der Lager

Seinen desaströsen internationalen Ruf wollte die Volksrepublik unter anderem durch die Ausrichtung der Olympischen Winterspiele Anfang 2022 aufpolieren. In den Monaten zuvor waren wir daher sehr aktiv. Im Januar 2021 organisierten wir ein Online-Treffen zwischen Tibeter\*innen, Uigur\*innen, Hongkonger\*innen und chinesischen Demokrat\*innen mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB). Ziel war eine Aufklärung der Sportfunktionär\*innen über die verheerende Menschenrechtsslage im Austragungsland der Spiele. In einem Treffen im November 2021 bei der Berliner Zentrale des DOSB, bei dem auch

Vertreter\*innen des Auswärtigen Amtes, Reporter ohne Grenzen und Human Rights Watch teilnahmen, forderten wir eine eindeutige Stellungnahme des DOSB zur Menschenrechtsslage in China. Mit dem Dossier „China: Olympische Spiele im Land der Lager“ gaben wir einen Einblick in die Menschenrechtsslage der verschiedenen ethnischen und religiösen Minderheiten im Land, denn bereits die Versprechen der chinesischen Regierung über eine Verbesserung der Menschenrechtsslage vor den Olympischen Sommerspielen 2008 waren gelogen.



Demo vor einem VW-Gebäude in Wolfsburg am 12.06.2021. Foto: Hanno Schedler

Im Juni moderierten wir im Europahaus eine von einem Europaparlamentarier organisierte Podiumsdiskussion mit Bundestagsabgeordneten aus verschiedenen Parteien, einer Überlebenden der chinesischen Umerziehungslager und dem weltweit führenden Experten für die Völkermordregion Xinjiang/Ostturkestan, Adrian Zenz. Im Sommer, als die Pandemie es zuließ, demonstrierten wir gemeinsam mit Uigur\*innen vor der VW-Zentrale in Wolfsburg für einen Rückzug von VW aus Xinjiang/Ostturkestan und forderten bei einer gemeinsamen Aktion mit befreundeten Organisationen den diplomatischen Boykott der Olympischen Winterspiele.

Memorandum, Februar 2021, 15 Seiten

Kostenloser Download auf [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)



ODER SCANNEN



# Konfuzius-Institute

Auch die Konfuzius-Institute, die das chinesische Bildungsministerium in vielen Staaten der Welt betreibt, dienen der Propaganda für diesen Unrechtsstaat. Sie beschneiden die akademische Freiheit und unterbinden kritische Diskurse. Wir forderten deutsche Universitäten auf, sich von ihnen loszulösen. Deren Finanzierung mit den deutschen Steuergeldern muss eingestellt werden. Auch deutsche Unternehmen müssen sich von ihnen distanzieren, wie wir immer wieder forderten. Der Stadtrat von Ingolstadt hat das im Juli getan, und die Bezuschussung des dortigen Institutes eingestellt.



Dokumentation, Dezember 2021, 74 Seiten



- ✓ Breites Bewusstsein für die Lage der unterdrückten Minderheiten
- ✓ Öffentliche Verbindung der Großthemen Sport und Politik
- ✓ Sensibilisierung der Generalbundesanwaltschaft
- ✓ Entzug der Finanzierung des Ingolstädter Konfuzius-Institutes
- ✓ Präsenz des Themas in praktisch allen wichtigen Medien Deutschlands

# Bosnien und Herzegowina

Der Staat Bosnien und Herzegowina ist weiterhin destabilisierenden Einflüssen von innen und außen ausgesetzt. Unsere Arbeit im Jahr 2021 zielte darauf ab, die Aufarbeitung des Krieges und die Versöhnung in der Bevölkerung zu unterstützen.

Seit Jahren schon appellierten wir an den amtierenden Hohen Repräsentanten für Bosnien, Valentin Inzko, die Genozid-Leugnung sowie die Verherrlichung von Kriegsverbrechern gesetzlich unter Strafe zu stellen. Im Juli 2021, kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt, tat er das dann endlich. Inzko erinnerte in seinem Presse-Statement an die vor drei Jahren verstorbene ehrenamtliche Koordinatorin der GfbV, Hatidza Mehmedovic, die beim Völkermord von Srebrenica beide Söhne, den Ehemann und 34 weitere Familienmitglieder verloren hat – und trotzdem bereit war, „die Hand der Vergebung auszustrecken“.



Aktion, um in Srebrenica begangene Gräueltaten nicht zu vergessen. Quelle: GfbV

Zwei wichtige Urteile in Berufungsverfahren in Den Haag konnten wir zwar nicht vor Ort unterstützen, aber aus Göttingen für Medien kommentieren können. Das Nachfolgegericht des Internationalen Strafgerichtshofs für Ex-Jugoslawien bestätigte das 2017 gegen den früheren bosnisch-serbischen Militärführer Ratko Mladić gefällte Völkermord-Urteil im Juni 2021. Er bleibt lebenslang in Haft. Außerdem wurden die beiden serbischen Geheimdienstler Jovica Stanišić und sein Stellvertreter Franko Simatović im Berufungsverfahren zu 12 Jahre Haft verurteilt. Diese Urteile zeigten, dass Serbien direkt an den Verbrechen mitgewirkt hat.

Zum Jahrestag der Unterzeichnung des Friedensabkommens von Dayton am 21. November 1995 und wegen der wachsenden Radikalisierung in der serbischen Teilrepublik Republika Srpska richteten wir einen Appell an die Mitgliedstaaten der EU, die USA, das Vereinigte Königreich und die internationale Gemeinschaft, energisch zu handeln, um einen erneuten Krieg in Bosnien und Herzegowina zu verhindern. Wir erhielten Antwortschreiben der Regierung des Vereinigten Königreichs, der USA und Australiens.

Gegen Ende des Jahres konnten wir verhindern, dass die deutsche Bundesregierung dem israelischen Historiker Gideon Greif das Bundesverdienstkreuz verleiht. Greif leugnet den Völkermord in Srebrenica und relativiert die Opferzahlen. Zahlreiche deutschsprachige und internationale Medien berichteten. Von den Opferverbänden in Bosnien und Herzegowina und Exilverbänden aus der ganzen Welt erhielten wir großen Zuspruch.



- ✓ Gesetz gegen Genozid-Leugnung und Verherrlichung von Kriegsverbrechern in Bosnien und Herzegowina
- ✓ Politische Aufmerksamkeit für die Gefahr durch serbische Ultranationalisten in der Republika Srpska
- ✓ Verhinderung der Verleihung des Bundesverdienstkreuzes an Gideon Greif

## Roma

Die Roma in den Staaten des Westbalkan – Serbien, Montenegro, Kosovo, Bosnien und Herzegowina und Nordmazedonien – sind Opfer einer fortdauernden Apartheidpolitik, einer systematischen Diskriminierung in Bereichen Gesundheitsversorgung, Bildung, Beschäftigung, Wohnen. Die bisherigen Strategien der EU sowie alle nationalen Anstrengungen konnten wenig an der prekären Gesamtlage ändern.

Zur Aufklärung über die Lage der Roma und zur Unterstützung ihrer berechtigten Anliegen organisierten wir im Februar 2021 eine Online-Podiumsdiskussion mit Fachexperten und interna-

tionalem Publikum. Vor dem Welt-Roma-Tag organisierten wir eine Podiumsdiskussion mit den internationalen Experten aus Südosteuropa, Großbritannien und Deutschland. Anlässlich der Feierlichkeiten zum Internationalen Roma-Tag am 8. April und zum 50. Jahrestag des Ersten Welt-Roma-Kongresses, haben wir auf die katastrophale Lage der Sinti und Roma in Osteuropa sowie der Roma auf dem Westbalkan hingewiesen.



Online-Podiumsdiskussion Sinti und Roma vom 18.02.2021, Quelle: GfbV (Screenshot)

# Minderheiten in Myanmar

Myanmar versinkt im Staatsterror. Am 1. Februar 2021 putschte das Militär. Seither versucht es, mit brutaler Gewalt den Widerstand der Bevölkerung zu brechen. Die deutsche Bundesregierung darf diese Menschen jetzt nicht im Stich zu lassen.

Die Menschenrechtsverletzungen an den Rohingya thematisierten wir in einer Stellungnahme an den damaligen Außenminister Heiko Maas. Nach dem Putsch forderten wir EU-Sanktionen gegen das Militär. Anlässlich des „Allgemeinen Periodischen Überprüfungsverfahrens“ richteten wir ein Statement an die UN-Mitgliedsstaaten. Wir unterstützten den „Independent Investigative Mecha-

nism for Myanmar“, ein Organ des UN-Menschenrechtsrates, bei der Suche nach Rohingya-Zeug\*innen.

Im Juli 2021 appellierten wir gemeinsam mit der Initiative „German Solidarity with Myanmar Democracy“ an die deutsche Bundesregierung, sich endlich aktiv für ein Ende der Militärherrschaft einzusetzen, die Verantwortlichen für die Gräueltaten international strafrechtlich zu verfolgen und politisch Verfolgte aufzunehmen. Wir waren besorgt um ethnische Minderheiten, vor allem in den Bundesstaaten Kachin, Shan und Kayin wo auch viele Binnenflüchtlinge Schutz gesucht ha-



## Unschuldige OPFER

### *Kinder des Krieges brauchen unsere Hilfe!*

*Titelbild unseres Kampagnenblatts im März 2021*

ben. Dort wurde die Bevölkerung im April von der Luftwaffe angegriffen. Es gab zahlreiche Tote. Ein Friedensprozess ist in weite Ferne gerückt. Vor dem Putsch hatte die myanmarische Regierung Binnenflüchtlinge im Kachin-Staat noch zur Rückkehr in ihre Dörfer aufgefordert. Das ist jetzt nicht mehr möglich – und in den Flüchtlingslagern gibt es bereits Versorgungsengpässe.

Die Angehörigen der Rohingya-Minderheit, die vor dem Genozid zu Hunderttausenden vor allem nach Bangladesch, Indien, Thailand und Malaysia geflohen sind, haben nach dem Staatsstreich alle Hoffnungen auf Rückkehr verloren. Der UN-Sicherheitsrat und auch die einzelnen Staaten sind gegenüber Myanmar untätig. Der UN-Sonderberichterstatter für Menschenrechte in Myanmar, Thomas Andrews, fordert Koalitionen gegen die Militärs, ohne auf den Sicherheitsrat zu warten. Auch die deutsche Bundesregierung muss der Lage vor Ort Rechnung tragen und ihre politischen und diplomatischen Anstrengungen mit anderen Staaten der internationalen Gemeinschaft intensiv koordinieren.

Im Frühjahr 2021 gab es ein virtuelles Treffen von Vertreterinnen der GfbV und des European Rohingya Council (ERC) mit dem UN-Sonderbericht-

erstatte Thomas Andrews, der UN-Sonderberichterstatterin zum Verkauf und der sexuellen Ausbeutung von Kindern, Mama Fatima Singhateh sowie der UN-Sonderberichterstatterin zu Menschenhandel, vor allem bei Kindern und Frauen, Siobhan Mullaly. Wir stellten die Arbeit von Ajna Jusic („Vergessene Kinder des Krieges“) und den Ärztinnen Dr. Ambia Perveen und Dr. Anita Schug vor, sowie die GfbV-Berichte zu bosnischen und Rohingya-Kindern – mit Fokus auf Kinder des Krieges. Nach einer Diskussionsrunde baten wir unsere Gesprächspartner\*innen, nach Cox Bazar in Bangladesch zu reisen und dort Informationen über die Lage von Kindern des Krieges zu sammeln.

Im April organisierten wir ein Online-Seminar mit der Rohingya Organization UK aus London und einer Gruppe internationaler Menschenrechtsexperten sowie prominenter Persönlichkeiten aus Myanmar über den Putsch. Wir appellierten an die ASEAN-Staaten, die Rohingya-Flüchtlinge aufgenommen haben und protestierten, nachdem Bangladesch, Indonesien und Malaysia, die zusammen fast eine Million Rohingya beherbergen, wie Indien keine weiteren Geflüchteten aufnehmen wollten.

# Weitere Aktivitäten

Die Situation der Krimtatar\*innen sieben Jahre nach der russischen Annexion der ukrainischen Krim wurde in einer gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der Konrad-Adenauer-Stiftung organisierten Online-Veranstaltung im Februar 2021 thematisiert.

Angesichts des Vormarsches der Taliban und der Eroberung Kabuls im August 2021 forderten wir einen wirksamen Schutz von religiösen und ethnischen Minderheiten wie den Hindus und Sikhs. Außerdem wandten wir uns wiederholt an das Auswärtige Amt mit der Aufforderung, sich für die verfolgte Gruppe der Hazara einzusetzen. Im November nahmen wir an einer Afghanistan-Veranstaltung an der Evangelischen Akademie Loccum teil.



- ✓ Politische Aufmerksamkeit für die schwierige Lage der Roma auf dem Westbalkan
- ✓ Gespräche auf UN-Ebene zu von Menschenhandel bedrohten Rohingya

- ✓ Unterstützung des „Independent Investigative Mechanism for Myanmar“ bei der Suche nach Rohingya-Zeitzeug\*innen



Eine Stimme für die,  
die nicht  
gehört werden



Bei der Jahreshauptversammlung 2021 der GfbV hielten die Teilnehmenden jeweils ein Foto des politischen Gefangenen Leonard Peltier hoch. Foto: Johanna Fischotter

# Die GfbV bei den Vereinten Nationen

Auch im Jahr 2021 nutzten wir unseren UN-Status, um Stellungnahmen zu zahlreichen Themen weltweit abzugeben. Ob die Situation der tamilischen Minderheit in Sri Lanka, die Unterdrückung des tibetischen Buddhismus und der Uigur\*innen durch die Volksrepublik China, Kriegsverbrechen der eritreischen Armee im Tigray-Konflikt, die prekäre Lage von indigenen Menschenrechtsverteidiger\*innen in Honduras oder die Folgen sexualisierter Gewalt für Rohingya-Frauen und Yezid\*innen, die Verbrechen der von der Türkei unterstützten syrischen Islamisten gegen Kurd\*innen, Christ\*innen und Angehörige anderer Minderheiten in Nordsyrien, die Praxis des Exports von in Europa verbotenen Pestizide nach Brasilien und ihre schwerwiegenden Folgen für Brasiliens Indigene: Wir nannten die Täter\*innen beim Namen und forderten ein konsequenteres Einstehen der Mitgliedsstaaten des Menschenrechtsrates in Genf gegen Verbrechen und Straflosigkeit.

Auch die illegale Verfolgung katalanischer Menschenrechtsverteidiger\*innen durch den spanischen Staat thematisierten wir. Die deutsche Regierung kritisierten wir für ihren fehlenden Willen, einen wirklichen Ausgleich mit den Nachfahren der Herero und Nama zu finden, die während



*Standpunkt der UN zu Sri Lanka, Quelle: GfbV (Screenshot)*

des Völkermords im heutigen Namibia zwischen 1904 und 1908 durch das deutsche Kaiserreich begangen wurden. Pandemiebedingt gab es wie auch im Vorjahr keine Möglichkeit, eigene Veranstaltungen auf dem UN-Gelände in Genf durchzuführen. Diese Veranstaltungen, „Side Events“ genannt, boten vor der Pandemie Angehörigen von Minderheiten ein wichtiges Podium und stellten ein Gegengewicht gegen Propagandaveranstaltungen diktatorisch regierter Staaten dar.

# Die Schweizer Sektion

Die GfbV Schweiz ist ein komplett eigenständiger Verein mit eigener Finanzierung und eigenen Projekten. Sie arbeitet derzeit an mehreren langfristigen Kampagnen.

Der Hauptfokus der Kampagne „Hände weg vom Amazonas!“ lag auf der Veröffentlichung des Berichts zu den geplanten Infrastrukturprojekten im Tapajós. Der Bericht zeigt auf: Auch Schweizer Finanzinstitute sind an den geplanten Projekten potentiell beteiligt. Die GfbV produzierte den Film „Bedrohter Tapajós“ von Thomaz Pedro, der die persönliche Perspektive der Indigenen auf die geplanten Infrastrukturprojekte authentisch aufzeigt.

Auch 2021 überschlugen sich die Meldungen zu Umerziehungslagern, Zwangsarbeit und Deportationen in der chinesischen Region Ostturkestan (Xinjiang). Im Rahmen der Kampagne „#NoComplicity: 'No business as usual' mit China!“ setzt sich die GfbV daher gemeinsam mit tibetischen und uigurischen Organisationen dafür ein, dass Menschenrechte in der Beziehung zur Volksrepublik China in allen Geschäften berücksichtigt werden.

Im Mai 2020 vergifteten über 20.000 Tonnen Diesel der Firma Nornickel Flüsse in Sibirien und damit die Lebensgrundlage von Indigenen. Gegen die rücksichtslose industrielle Ausbeutung der Arktis fordert die GfbV zusammen mit betroffenen Indigenen-Organisationen im Rahmen der Kampagne „Arctic life, indigenous rights: now!“ die Einhaltung von Indigenenrechten. Im Sommer 2021 lud die GfbV indigene Aktivist\*innen aus der Arktis in die Schweiz ein und konfrontierte Schweizer Nornickel-Investoren mit der Situation vor Ort. In der Folge fanden überraschend schnell Gespräche zwischen Nornickel und den betroffenen Indigenen statt.

„Keine Energiewende ohne Menschenrechte!“. Die Windturbinen auf den Rentierweiden der Südsami in Norwegen sind in Betrieb. Die Tiere der Rentierzüchter\*innen meiden das Gelände. Der beteiligte Schweizer Energiekonzern BKW verankert nun die Rechte indigener Gemeinschaften in internen Richtlinien und verbessert seine Sorgfaltsprüfungsmechanismen. Das oberste Gericht in Norwegen befand im Herbst, dass die Windanlage in Storheia die Rechte der Südsami missachtet.

# Die Sektion Südtirol

Auch 2021 war geprägt von der Pandemie, die auch unsere Öffentlichkeits-Arbeit beeinflusst hat. Wir waren online aktiv mit Pressemitteilungen zu verschiedenen Krisen, aber auch mit einigen „realen“ Aktivitäten.

Wir äußerten uns im GfbV-Netzwerk zu den Präsidentschaftswahlen in Chile (21. November), Cop-26 in Schottland, zum Krieg in Äthiopien, zum Massaker an Mayangna und Miskito in Nicaragua, zur Lage der Amazonas-Ureinwohner in Brasilien und schließlich zu den ethnischen Säuberungen nach dem Einmarsch der Türkei in Afrin in Nordsyrien.

Wir stellten am 27. Mai in der Bibliothek der Kulturen der Welt das neue Buch von Thomas Benedikter „100 Jahre Autonomie: Autonomie Welt

weit“ vor, mit Oskar Peterlini und Wolfgang Mayr. Die Initiative wurde in Zusammenarbeit mit Politis organisiert. Beim letztjährigen kurdischen Filmfestival (in Zusammenarbeit mit der kurdisch-syrischen Verein Banos Film) Ende 2021 waren zwei kurdische Regisseurinnen mit ihren Kurzfilmen anwesend. Sie trafen sich auch zu einer Reihe von Gesprächen, darunter mit Vertretern der Zelig-Filmschule.

Wir haben unsere Website überarbeitet. Auf der 1998 online gegangenen Seite erschienen mehr als 8.000 Artikel, Dokumente und Dossiers. Die bisherige Seite bleibt unter [www.gfbv.it](http://www.gfbv.it) online. Sie wurde 2021 von fast 110.000 Interessierten besucht. Die neue Website wird unter [www.popolimin.it](http://www.popolimin.it) verfügbar sein.

# Die Sektion Bosnien-Herzegowina

Die Arbeit der GfbV-BiH war auch 2021 vielfältig. Im Rahmen unseres Einsatzes für Migrant\*innen aus Afrika und Asien, die im Moment in Bosnien „feststecken“, haben wir neben zahlreichen Fällen der Vermittlung und Kooperation mit Juristen vor Ort an der Online-Diskussion „Can't relax in Bosnia“ der gemeinnützigen Sozialgenossenschaft Bellevue di Monaco aus Deutschland teilgenommen.

Zum Welt-Roma-Tag veröffentlichten wir einen aktuellen Bericht zur Lage der Roma in Bosnien und richteten unsere Forderungen an die zuständigen Ämter und Institutionen. Ende des Jahres 2021 organisierten wir in der Kleinstadt Kakanj in Zentralbosnien einen Runden Tisch zur Lage der Roma-Frauen und -Kinder in der dortigen Siedlung Varda.

Im Rahmen der Feierlichkeiten zum 26. Jahrestag von Srebrenica im Juli 2021 organisierten wir unter anderem die Buchvorstellung von „Mutter Hatidza“ der Autorin Esnefa Smajovic-Muhic in Sarajevo. Wir haben sie intensiv beim Verfassen und der Herausgabe des Buches über unsere Srebrenica-Koordinatorin und Hatidza Mehmedovic unterstützt.

Im Oktober 2021 haben wir ein Treffen des Vorstandes der GfbV-BiH mit Christian Schwarz-Schilling organisiert. Wir machten ihn auf unsere Initiative für Verfassungsänderungen in Bosnien und Herzegowina aufmerksam. Wir fordern die Aufhebung der sogenannten „Entitätswahl“, die alle Reformprozesse in Bosnien und Herzegowina blockiert, die sofortige Umsetzung aller rechtskräftigen Urteile von heimischen und internationalen Gerichten, die Sanktionierung der Leugnung von Holocaust und Genozid sowie die Stärkung demokratischer Prozesse im Land. Hierzu haben wir eine App angefertigt und angefangen, Stimmen von Bürger\*innen Bosniens und Herzegowinas für diese Initiative zu sammeln. Die Forderungen werden zusammen mit den Unterschriften der Bürger\*innen an das Parlament gerichtet.

Im Laufe des Jahres haben wir zahlreiche Appelle und Schreiben an die EU, die USA und den UN-Sicherheitsrat gerichtet. Darin warnten wir vor einem neuen Krieg in Bosnien und Herzegowina, sollten die serbischen Nationalisten aus der Republika Srpska ihre Drohung der Abspaltung verwirklichen.

# Die Vielseitigkeit von Social Media

Insgesamt waren es 21.180 Menschen, die unsere Menschenrechtsarbeit im Jahr 2021 täglich auf den sozialen Netzwerken Twitter, Facebook und Instagram verfolgten. Und die Zahl wächst stetig – genauso wie die Relevanz der sozialen Medien. Wir berichten täglich über Luftangriffe von türkischen Drohnen auf kurdisches Siedlungsgebiet, von illegalen Goldgräbern, die indigene Völker im Amazonas bedrohen oder von den schlimmen Gräueltaten der chinesischen Regierung an der muslimischen Minderheit der Uigur\*innen.

Auch der Kontakt zu den Betroffenen ist über die digitalen Medien schnell hergestellt: oft erreichen uns Unterstützungsanfragen aus der ganzen Welt. Vor allem über Facebook schreiben uns Menschen, deren Menschenrechte eingeschränkt wurden, ob wir auf ihre Bedrohungslage aufmerksam machen können. Wenngleich die Relevanz von Facebook etwas abnimmt, ist der Kontakt mit den Opfern via Facebook immer noch wichtig. Der Kurznachrichtendienst Twitter hingegen ermöglicht uns den direkten Austausch mit Politiker\*innen.

Nicht nur die sozialen Medien sind wichtig, um die Menschen zu erreichen. Inzwischen erfreut sich das Medium Podcast immer größerer Beliebtheit. Im vergangenen Jahr haben 56.395 Menschen unseren Podcast „Für Vielfalt“ abonniert.



## Magdalena Otterstedt

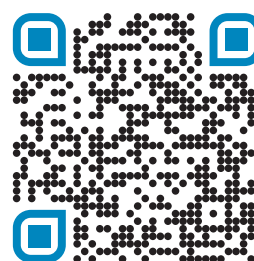
Referentin für Digitale Kommunikation  
Bei der GfbV seit Mai 2022

Kurzbio: Studium der Soziologie, Tätigkeit als Lektorin für die Robert-Bosch-Stiftung für 2 Jahre in China, vor der Zeit bei GfbV Arbeit als selbstständige Illustratorin und Grafikerin

Das gefällt mir an der GfbV: „Ich bin gern bei der GfbV, weil ich echte Menschenrechtsarbeit mag: auf der Straße sein, laut sein und Lobbyarbeit machen für Minderheiten. Die lange Geschichte der GfbV finde ich spannend und ich fühle mich geehrt, an ihrer Zukunft mitwirken zu dürfen!“

Wir sprechen dort mit Betroffenen, Expert\*innen oder Kolleg\*innen über u.a. den Menschenrechtler Selahattin Demirtas, den Tigray-Konflikt oder die neue Regierung der USA. 2021 veröffentlichten wir 15 neue Folgen.

SCANNEN



Die Homepage der GfbV ist nach wie vor das Aushängeschild der Organisation. Wer im Internet nach der GfbV sucht, landet dort als erstes. Hier publizieren wir wichtige Dokumente, Presseerklärungen und die Zeitschrift „Für Vielfalt“. Der Blog liefert spannende Hintergrund-Berichte. Hier ist es spannend zu beobachten, dass die Zielgruppe immer jünger wird. Insbesondere 18 bis 34-Jährige haben sich die Inhalte bei unserem Online-Auftritt angeschaut.

Da aufgrund der Corona-Pandemie immer noch keine größeren Hausveranstaltungen geplant werden können, führen wir zunehmend Online-Semi-

nare zu diversen Themen mit Expert\*innen durch. Als die Taliban im August 2021 die Macht in Afghanistan ergriffen, sprachen wir mit einem Journalisten, der kürzlich vor Ort war. Fast 100 Menschen lauschten gespannt seinen Schilderungen.

Ein großer Erfolg unserer digitalen Arbeit war, dass der Social Media-Auftritt der GfbV in den Top 30 von 100 Organisationen beim Monitoring von Social Media platziert wurde. Der sogenannte Social Media Monitor beobachtet und bewertet nach Reichweite und Follower\*innen-Anzahl die Aktivität in den sozialen Medien von über 100 deutschen Vereinen.

## Kennen Sie die Zeitschrift „Für Vielfalt“?

Umwelt, Politik, Kultur: Jede Ausgabe „Für Vielfalt – Zeitschrift für Menschen- und Minderheitenrechte“ widmet sich einem eigenen Schwerpunkt aus der Sicht von Minderheiten und indigenen Gemeinschaften. Expert\*innen analysieren Menschenrechtsverletzungen und Wege aus den Krisen. In spannenden Interviews gestatten Betroffene Einblicke in ihre Lebenssituationen. Mit einem Abo von „Für Vielfalt“ (ehemals „bedrohte Völker – pogrom“) setzen Sie sich für die Bewahrung kultureller Vielfalt ein.

Mit 6 Ausgaben im Jahr:

- den Blick über den Tellerrand wagen
- jenen Gehör schenken, die im Mainstream untergehen
- Weltoffenheit leben und lesen

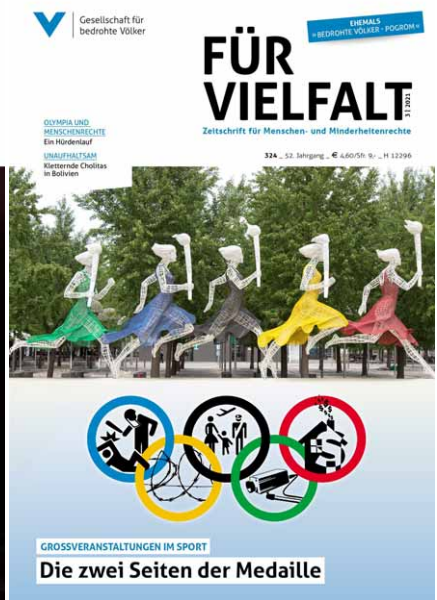
Jetzt abonnieren unter:

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

**ODER SCANNEN** 



Gern senden wir Ihnen ein kostenloses Probeexemplar zu.



Im Jahr 2021 sind folgende Ausgaben erschienen:

1/2021: **Welt der Mode: Einfach schick oder politisches Statement?**

2/2021: **Umwelt und Menschenrechte: Die Elemente der Natur**

3/2021: **Großveranstaltungen im Sport: Die zwei Seiten der Medaille**

4/2021: **Religionen im Dialog: Lasst uns miteinander reden!**

5/2021: **Medizin und Drogen: Indigene und Minderheiten kämpfen um ihre Gesundheit**

6/2021: **Hält zusammen: Die Kraft der Familie**



# Die Regional- und Aktionsgruppen der GfbV Ehrenamtliche Arbeit online und vor Ort

Im Jahr 2021 fanden unter Einhaltung der lokalen pandemiebedingten Sicherheitsvorkehrungen wieder vermehrt Aktionen vor Ort statt. Ehrenamtliche sind mit uns neue Wege gegangen, und wenn die lokale Situation es zuließ, fanden auch einzelne Mahnwachen auf der Straße statt.

Mittlerweile gibt es auch überregionale Aktionsgruppen zu selbst gewählten Themen, deren Mitglieder meist online miteinander in Kontakt stehen und wichtige Menschenrechtsinitiativen entwickeln. Die Ehrenamtlichen blieben über Videokonferenzen miteinander in Kontakt. Das Sprecher\*innen-Team hat sich jeden Monat online getroffen. Sie organisierten Online-Veranstaltungen und Aktionen. So konnten die Veranstaltungen und Aktionen unserer Ehrenamtlichen auch im zweiten Pandemie-Jahr viele Menschen erreichen.

Zu dieser wertvollen ehrenamtlichen Arbeit zählen die Organisation und Betreuung von Büchertischen, Filmvorführungen, Vorträgen, Ausstellungen und Menschenrechtsaktionen. Manche Gruppen bestehen seit Jahren oder Jahrzehnten und

sind in ihrer Region zu einer festen Institution geworden. Andere Gruppen – vor allem in Universitätsstädten – befinden sich durch die hohe Fluktuation ihrer studentischen Mitglieder im ständigen Wandel und widmen sich wechselnden Arbeitsschwerpunkten.

Die alljährliche Bundesregionalgruppenkonferenz fand am 23. Januar 2022 statt, bereits zum zweiten Male online. Dort wählten die Ehrenamtlichen wie in jedem Jahr eine Vertretung, konnten sich austauschen und sich gegenseitig von ihren Aktivitäten im letzten Jahr berichten. Es gab zwei inhaltliche Vorträge aus dem Bundesbüro und neue Haupt- und Ehrenamtliche haben sich vorgestellt. Als Sprecherinnen wurden Anna Hobbiebrunken und Gesine Gerdes gewählt.

Möchten auch Sie sich ehrenamtlich bei uns engagieren? Eine Übersicht über die Aktivitäten und bestehenden Gruppen finden Sie hier:

**BITTE SCANNEN**



# Geschäftsführung und Finanzen

Als internationale Menschenrechtsorganisation setzt sich die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) für verfolgte und bedrohte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und indigene Gemeinschaften ein.

Menschenrechtsarbeit verursacht vor allem **Personal- und Reisekosten**. Im Kalenderjahr 2021 beschäftigte die GfbV im Jahresdurchschnitt 18 Mitarbeiter\*innen in Voll- oder Teilzeit. Normalerweise reisen sie mit dem Zug zu Gesprächen mit politischen Ausschüssen und Parlamentarier\*innen, mit Kirchenvertreter\*innen, zu Kongressen oder Podiumsdiskussionen. Oft begleiten wir auch Sprecher\*innen bedrohter Völker zu wichtigen Terminen. Oder wir vertreten ihre Anliegen bei den UN in Genf. Für Menschenrechtsaktionen oder Infostände etwa auf dem Kirchentag oder auf Messen sind meist mehrere von uns unterwegs. Auch im letzten Jahr sind durch Corona viele dieser Aktivitäten ausgeblieben oder wurden durch digitale Formate ersetzt.

Uns entstehen **Druck- und Vertriebskosten** für unsere Kampagnenblätter, die wir mehrmals im Jahr verbreiten, aber auch für Reporte und Memoranden, Postkartenaktionen und Rundbriefe. Unter Werbe-, Öffentlichkeits- und Pressearbeit fallen nicht nur die Herstellung von Veranstaltungsplakaten, Handzetteln oder Transparenten. Darin sind auch die Aufwendungen für unsere Menschenrechtsaktionen gefasst, ohne die sich Medien und Öffentlichkeit wohl längst nicht so oft für unsere Themen interessiert hätten. Auch die Pflege unserer Presseverteiler und die Verbrei-

tung unserer Pressemitteilungen, von denen jede Woche mehrere erscheinen, verursachen Kosten.

Die GfbV finanziert ihre Menschenrechtsarbeit in erster Linie durch Spenden und regelmäßige Beiträge ihrer Mitglieder und Förderer. Wir sind dankbar für die 2021 uns zugedachten Erbschaften und Vermächtnisse. All dies gewährleistete unsere parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit.

## **Aufwandsentschädigungen Ehrenamtliche - Vergütung Hauptamtliche**

Vorstand, Rechnungsprüfer, Schiedskommission, Finanzbeirat und Beirat sind ehrenamtlich tätig. Es werden lediglich nachgewiesene Kosten wie Reisekosten ersetzt. Darüber hinaus kann Vorstandsmitgliedern eine Vergütung im Rahmen der Freibeträge nach § 3 Nr. 26 a EStG gezahlt werden. Im Jahr 2021 wurden anteilig und durch den Wechsel einzelner Vorstandsmitglieder an fünf Vorstandsmitglieder Aufwandsentschädigungen i.H.v. insgesamt 3.600,00 EUR gezahlt.

Unsere seit dem 21. Juni 2016 geltende Betriebsvereinbarung (BV) ist 2020 ausgelaufen, inzwischen ist seit dem 25. Mai 2022 eine neue in Kraft. Sie sieht weiterhin fünf Entgeltstufen, Angestellte in Verwaltung und Vertrieb, im Aktionsreferat, in der Buchhaltung, Referent\*innen sowie Angestellte mit besonderer Verantwortung und Teamleitern vor. Innerhalb der Gehaltsstufen gibt es jeweils sechs Aufstiegsstufen, die sich an der Betriebszugehörigkeit orientieren. Sie werden nach dem ersten, dritten, fünften, zehnten und fünfzehnten

Jahr der Anstellung bei der GfbV erreicht. Auf einer Vollzeitstelle mit 40 Wochenarbeitsstunden sollte ein\*e Angestellte\*r in der geringsten Stufe 2.016,- Euro und ein\*e Referent\*in oder Buchhalter\*in mit besonderer Qualifikation und Verantwortung mit mindestens 15-jähriger Zugehörigkeit auf der höchsten Stufe in 4 bis zu 3.554,90 Euro verdienen. Die Teamleiter können in der höchsten Stufe bis 3.954,90 Euro bekommen. Es gibt zwei Werkstudent\*innen mit 20 Stunden und einem Gehalt von 1.040,- Euro Brutto.

Alle Mitarbeiter bekommen einen Zuschuss zur betrieblichen Altersvorsorge. Die Betriebsvereinbarung gilt nicht für leitende Angestellte i. S. des § 5 BetrVG.

*Tabelle auf Grundlage von Vollzeitstellen und Betriebszugehörigkeit*

<b>Position</b>	<b>Durchschnittsgehalt</b>
Angestellte/Hilfskräfte	2.651,16
Verwaltung	2.933,11
Referent*innen	3.105,05
Geschäftsleitung/Direktor*in	4.031,10

Die Jahresgesamtbezüge für alle Mitarbeiter der GfbV in 2021 belaufen sich auf 591.720,03 Euro.

Von einer Nennung der Jahresvergütung des Direktors haben wir Abstand genommen. Er hat einer namentlichen Nennung widersprochen.

## WICHTIGE GREMIEN DER GFBV

### Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wählt alle zwei Jahre die fünf Mitglieder unseres Vorstands, eine dreiköpfige Schiedskommission und jedes Jahr zwei ehrenamtliche Rechnungsprüfer\*innen, die alljährlich im Auftrag des Vereins die Verwendung der Spendengelder sowie die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle prüfen. Jedes Mitglied, das der GfbV mindestens drei Monate vor unserer Mitgliederversammlung beigetreten ist und seinen

Beitrag vollständig entrichtet hat, hat eine Stimme.

Im September 2021 konnte wieder eine Mitgliederversammlung in Präsenz durchgeführt werden. Die Wahlen fanden auf der Mitgliederversammlung 2021 statt. Die Berichte der Bundesregionalgruppen-Teams, der Schiedskommission und die Rechnungs- und Abschlussprüfungsberichte für die Geschäftsjahre 2019 und 2020 wurden ebenfalls auf der Versammlung am 11. September 2021 vorgetragen und die Entlastung des Vorstands beschlossen.

### Vorstand

Unser ehrenamtlicher Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig und unser finanz- und personalverantwortliches Gremium. Er orientiert sich an den in der Satzung definierten Aufgabenbereichen (§ 7). Er führt die laufenden Geschäfte, insbesondere die Ausgestaltung unserer politischen Arbeit, delegiert diese Aufgaben jedoch an die dafür angestellten hauptamtlichen Kräfte. Der Vorstand bereitet die Mitgliederversammlung vor und ist dafür verantwortlich, dass die dort getroffenen Beschlüsse ausgeführt werden. Weitere Aufgaben des Vorstandes ergeben sich aus der Satzung.

### Beirat

Der GfbV-Beirat besteht aus mindestens fünf Mitgliedern, berät und unterstützt die Mitgliederversammlung und unseren Vorstand. Dieser beruft Personen in den Beirat, die durch ihr öffentliches Wirken in besonderem Maße unsere Ziele unterstützen. Der Vorstand hat bei der Erarbeitung des Jahresprogramms sowie für wichtige politische Entscheidungen die besonderen Fachkenntnisse und Kontakte der Beiratsmitglieder zu nutzen.

## Experten

Mindestens 40 Expert\*innen arbeiteten 2021 weltweit ehrenamtlich mit der GfbV zusammen. Die Expert\*innen beraten die GfbV-Referent\*innen, knüpfen Kontakte zu Betroffenen und stellen ihr spezifisches, tiefgehendes Wissen über einzelne Länder und Regionen sowie ethnische und religiöse Minderheiten kostenlos zu Verfügung.

## Regionalgruppen

Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen könnte die Arbeit der GfbV nicht funktionieren. Unsere 15 Regionalgruppen (RG) sind für uns durch nichts zu ersetzen und ein wichtiger Teil unserer Menschenrechtsorganisation. Sie werden vom Vorstand und Bundesbüro gefördert, organisieren Informationsveranstaltungen und Mahnwachen, werben für Unterstützung von Projekten und Kampagnen. Ihre Stellung und Tätigkeit sind in unserem für alle verbindlichen Regionalgruppenstatut geregelt. Alljährlich sind alle Regionalgruppen-Mitglieder zu einem Regionalgruppentreffen eingeladen.

## GfbV Sektionen

Die **GfbV Schweiz** ist ein komplett eigenständiger Verein mit eigener Finanzierung und eigenen Projekten.

Die **Sektion Südtirol** war online sehr aktiv mit Pressemitteilungen zu verschiedenen Krisen, aber auch mit einigen „realen“ Aktivitäten.

Die **Sektion Bosnien-Herzegowina**: Die Arbeit der GfbV-BiH ist sehr vielfältig. Z.B. im Rahmen des Einsatzes für Migrant\*innen aus Afrika und Asien, die im Moment in Bosnien „feststecken“, haben sie neben zahlreichen Fällen der Vermittlung und Kooperation mit Juristen vor Ort teilgenommen. Zum Welt-Roma-Tag wurde ein aktueller Bericht zur Lage der Roma in Bosnien veröffentlicht und Forderungen an die zuständigen Ämter und Institutionen gerichtet. Im Laufe des

Jahres wurden zahlreiche Appelle und Schreiben an die EU, die USA und den UN-Sicherheitsrat gerichtet.

Die in der **GfbV International** zusammengeführten verschiedene Sektionen arbeiten u.a. bei der Arbeit mit den Vereinten Nationen zusammen.

Die **GfbV Deutschland** ist Mitglied der GfbV International, zu der auch die Ländersektionen Schweiz, Südtirol und Bosnien-Herzegowina gehören. Über diesen Verbund zeigt die GfbV ihre Präsenz bei internationalen Organisationen wie den Vereinten Nationen oder dem Europarat, reicht Stellungnahmen zu Menschenrechtsthemen ein und gibt Vertretern von Minderheiten die Möglichkeit, ihr Anliegen persönlich beim Menschenrechtsrat einzubringen.

## Mitgliedschaften

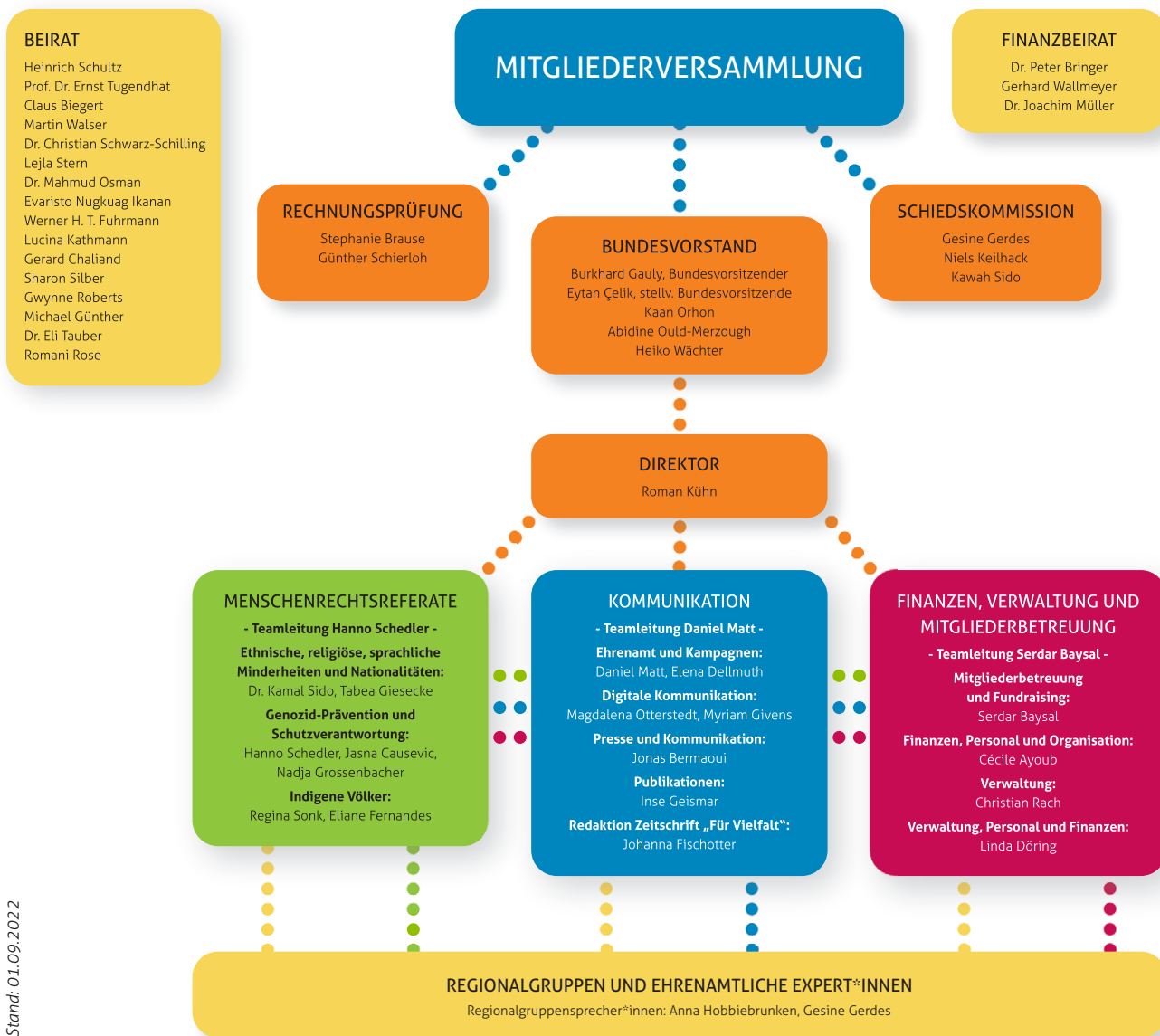
Die Gesellschaft für bedrohte Völker arbeitet von Fall zu Fall mit anderen Menschenrechtsorganisationen und Umweltgruppen zusammen. Wir geben gemeinsam mit ihnen Pressemitteilungen heraus oder kooperieren erfolgreich bei Veranstaltungen. Mitglied sind wir bei: Adivasi-Koordination in Deutschland e.V. (Kassel), Burma Global/ European Burma Human Rights Network (London), Forum Menschenrechte (Berlin), International Coalition for the Responsibility to Protect (ICRtoP, New York), International Tibet Network (London), Klima-Allianz Deutschland (Berlin), Koordination ILO 169 (Deutschland), Sudan Forum e.V. (Hildesheim), KoBra (Kooperation Brasilien), der Initiative Lieferkettengesetz Deutschland der Initiative Transparente Zivilgesellschaft, und Nobody's Listening (London) und Bündnis für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas (Berlin).

Stand 15.09.2022

# ORGANISATIONSTRUKTUR



Gesellschaft für  
bedrohte Völker



Stand: 01.09.2022

Der Sitz der Bundesgeschäftsstelle der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland ist Göttingen.



## FINANZEN

### Transparenz und Kontrolle

Die Übersicht über unsere Finanzen für das Geschäftsjahr 2021 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Vorgaben der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) und Besonderheiten der Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen (IDW RS HFA 21) erstellt. Die GfbV unterzieht sich jährlich der freiwilligen Bewertung unter Berücksichtigung der Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI). Die Rechnungslegung erfolgte auf der Basis einer ordnungsgemäßen Buchführung und kaufmännischer Prinzipien.

### Wirtschaftsprüfung

Die Prüfung für des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2021 erfolgte im August 2022 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Beckmann und Partner mbB (Göttingen), mit Datum vom 15. August 2022 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

### Rechnungsprüfer

Einmal jährlich prüfen unsere beiden Rechnungsprüfer\*innen in unserer Bundesgeschäftsstelle in Göttingen ehrenamtlich unsere Kasse. Für 2021 fand die Prüfung erst am 19. September 2022 statt. Die Rechnungsprüfer empfehlen die Entlastung des Vorstandes.

### DZI

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) prüft jährlich, ob die GfbV das Spendensiegel erneut zuerkannt bekommt. Mit dem Siegel wird eine wirtschaftliche und satzungsgemäße Verwendung der Spenden bescheinigt. Es ist ein Zeichen sorgfältig geprüfter Seriosität und Spendenwürdigkeit und wird der GfbV e.V. seit 2007 regelmäßig zuerkannt.



### Linda Döring

Angestellte in der Verwaltung  
Bei der GfbV seit September 2020

Kurzbio: teils selbstständig und langjährig  
als Finanzbuchhalterin tätig

Das gefällt mir an der GfbV: „Die Arbeit im Allgemeinen, das tolle Team und das Engagement der GfbV für Menschenrechte“

### Controlling

Für jedes Geschäftsjahr wird ein Haushaltsplan erstellt, der vom Vorstand genehmigt wird. Die Einhaltung dieses Plans wird durch ständigen Soll/Ist-Vergleich nachgehalten. Statistiken werden tagesaktuell gepflegt. Der Vorstand erhält regelmäßige Finanzberichte.

### Einnahmen

Wer der GfbV spendet, unterstützt unsere Arbeit für ethnisch und religiös verfolgte Minderheiten. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten: Treue Dauerspender\*innen, Mitglieder sowie Förder\*innen unterstützen uns regelmäßig. Einige Menschen berücksichtigen die GfbV in ihrem Testament, um sich über den Tod hinaus für eine friedliche Zukunft zu engagieren. An Bußgeldern wurden uns

2021 insgesamt 250 Euro zugewiesen. Wir haben uns allen Richter\*innen und Staatsanwält\*innen in Niedersachsen mit der Zusendung eines Infoblattes in Erinnerung gebracht.

Im Geschäftsjahr 2021 lagen die Gesamteinnahmen bei 1.292.972,08 Euro (2020: 1.320.705,61 Euro) und somit 27.733,53 Euro unter denen des Vorjahres. Die Spenden machten 30,56 % unserer Einnahmen aus und waren neben den Mitgliedsbeiträgen die wichtigste finanzielle Säule.

Die Beiträge unserer Mitglieder und Förder\*innen blieben weiterhin stabil. Es gibt einen kleinen Rückgang bei den Mitgliedern und Abonent\*innen. Bei den Förder\*innen gab es einen Zuwachs von 3,1 %.

2021 gab es einen Mitgliederrückgang von 2,01 %, der größtenteils durch verstorbene Mitglieder entstanden ist und es wurden 50 Mitglieder gelöscht (möglich lt. Satzung 2021 § 4 Abs. 1c und Abs. 3), die min. 12 Monate keine Mitgliedsbeiträge mehr gezahlt haben und schriftlich gemahnt wurden. Rechnet man diese Mitglieder mit ein, ergibt sich ein Rückgang von 0,94 %. Am 31. Dezember 2021 hatte die GfbV-Deutschland somit

4.592 Mitglieder und 665 Förder\*innen. Damit steigt die Zahl der Förder\*innen um 3,1 %. Unsere Zeitschrift „Für Vielfalt“ wurde von 3.039 Leser\*innen abonniert. Das ist ein geringfügiger Rückgang unserer Abonent\*innen um 1,43 %.

## Ausgaben

Im Bereich der Programmausgaben haben sich die Personalausgaben um 4.516 Euro etwas erhöht.

Die Sach- und sonstigen Ausgaben haben sich vermindert, was auf mehr Mitarbeiter im Homeoffice zurückzuführen ist, da dies die Verbrauchskosten gesenkt hat und u.a. waren es weniger Reparaturen und Instandhaltungen.

Die Gesamtausgaben für Werbe- und Öffentlichkeitsarbeit sind nahezu identisch zum Vorjahr.

Die Ausgaben in der Verwaltung haben sich geringfügig erhöht.

Der Jahresüberschuss von 32.048,93 EUR wird, wie in den Vorjahren, auf neue Rechnung vorge tragen und steht dem Verein zur Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke zur Verfügung.

## Einnahmen 2021 und 2020

	2021		2020	
<b>Erbschaften</b>	183.096,17 €	14,16%	52.569,52 €	3,98%
<b>Bußgelder</b>	250,00 €	0,02%	1.660,00 €	0,13%
<b>Mitgliedsbeiträge</b>	522.122,24 €	40,38%	513.067,74 €	38,85%
Mitgliedsbeiträge vereinnahmt		0,00%	507.089,54 €	38,40%
Mitgliedsbeiträge ausstehend		0,00%	5.978,20 €	0,45%
<b>Förderbeiträge</b>	66.446,51 €	5,14%	62.515,81 €	4,73%
Förderbeiträge vereinnahmt		0,00%	61.825,81 €	4,68%
Förderbeiträge ausstehend		0,00%	690,00 €	0,05%
<b>Zuwendungen anderer Organisationen</b>	- €	0,00%	- €	0,00%
<b>Ertrag aus dem Spendenverbrauch</b>	396.351,60 €	30,65%	565.031,26 €	42,78%
Vereinnahmte Spenden	637.877,40 €	49,33%	656.183,94 €	49,68%
<b>Erlöse</b>	124.705,56 €	9,64%	125.861,28 €	9,53%
<b>Gesamt</b>	1.292.972,08 €	100,00%	1.320.705,61 €	100,00%

## Gewinn- und Verlustrechnung 2021 und 2020

<b>Gewinn- und Verlust Rechnung</b>		
<b>Erträge</b>	<b>2021</b>	<b>2020</b>
Geldspenden	462.798,11 €	626.857,07 €
Spendenerträge	396.351,60 €	565.031,26 €
Förderbeiträge	66.446,51 €	61.825,81 €
Nachlässe	183.096,17 €	50.943,20 €
Mitgliedsbeiträge	522.122,24 €	507.089,54 €
<b>Sammlungseinnahmen</b>	<b>1.168.016,52 €</b>	<b>1.184.889,81 €</b>
Zuwendungen anderer Organisationen	- €	- €
Umsatzerlöse aus steuerpfl. Geschäftsbetrieb	778,83 €	919,15 €
Umsatzerlöse aus Zweckbetrieb	120.959,70 €	124.332,15 €
Zeitschrift bedrohte Völker	49.486,11 €	50.789,21 €
Bildender Lebenszeichen	71.473,59 €	73.542,94 €
Zins- und Vermögenseinnahmen	254,96 €	804,99 €
Sonstige Einnahmen	2.962,07 €	1.677,77 €
<b>Summe</b>	<b>1.292.972,08 €</b>	<b>1.312.623,87 €</b>
<b>Aufwendungen</b>	<b>2021</b>	<b>2020</b>
<b>Programmausgaben</b>		
Personalausgaben	584.212,88 €	579.696,85 €
Sach- und sonstige Ausgaben	325.741,96 €	356.416,07 €
<b>Ausgaben für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit</b>		
Personalausgaben	58.649,79 €	58.196,43 €
Sach- und sonstige Ausgaben	56.105,62 €	53.007,71 €
<b>Verwaltungsausgaben</b>		
Personalausgaben	118.822,96 €	117.904,45 €
Sach- und sonstige Ausgaben	115.649,36 €	108.812,10 €
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>1.259.182,57 €</b>	<b>1.274.033,61 €</b>
Ausgaben für Vermögensverwaltung	18,15 €	6,05 €
Ausgaben des steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	1.722,43 €	547,31 €
<b>Summe</b>	<b>1.260.923,15 €</b>	<b>1.274.586,97 €</b>
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>32.048,93 €</b>	<b>38.036,90 €</b>



## Bilanz

Die Bilanzsumme in Höhe von 2.746.864,71 Euro ist um 282.278,89 Euro höher als im Vorjahr. Im Geschäftsjahr 2021 wurden Anschaffungen in Höhe von 7.950,01 Euro getätigt. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres belaufen sich auf 10.922,01 Euro. Die Rückstellungen liegen mit 71.900 Euro um 3.200 Euro unter denen des Vorjahres.

Von den sonstigen Rückstellungen entfallen 42.700 Euro auf Verpflichtungen aus dem Personalbereich.

Die Verbindlichkeiten sind 2020 von 18.725,59 Euro in 2021 auf 30.629,75 Euro gestiegen. Die Betriebsmittelrücklage über 530.000 Euro deckt die laufenden wiederkehrenden Kosten für das erste Halbjahr ab.

## Allgemeine finanzielle Lage

Die finanzielle Lage der Gesellschaft für bedrohte Völker ist weiterhin stabil. Das Geschäftsjahr 2021 wurde mit einem Jahresüberschuss von 32.048,93 Euro abgeschlossen.

Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag noch nicht verbrauchte Spendenmittel in Höhe von 2.644.334,96 Euro. Die Gesamtsumme der für die Menschenrechtsarbeit aufgewendeten Mittel beträgt 1.260.923,15 Euro. Der Bestand an flüssigen Mitteln in Höhe von 2.679.228,18 Euro ist ausreichend, um alle kurzfristig anstehenden Zahlungsverpflichtungen zu begleichen.

Unter Berücksichtigung gleichbleibender Spendeneingänge und eines stabilen Mitgliederbestands, ist die finanzielle Lage der GfV e.V. zukünftig gesichert.

### Bilanz zum 31. Dezember 2021 (und Vorjahr)

Aktiva	2021		2020	
	€	%	€	%
<b>Anlagevermögen</b>	26.289,00 €	0,96%	29.261,00 €	1,19%
Immaterielle Vermögensgegenstände	- €	0,00%	- €	0,00%
Sachanlagen	26.289,00 €	0,96%	29.261,00 €	1,19%
<b>Umlaufvermögen</b>	2.716.368,86 €	98,89%	2.431.149,14 €	98,64%
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	9.323,52 €	0,34%	13.103,69 €	0,53%
Sonstige Vermögensgegenstände	27.817,16 €	1,01%	38.867,27 €	1,58%
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.679.228,18 €	97,54%	2.379.178,18 €	96,53%
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	4.206,85 €	0,15%	4.175,68 €	0,17%
<b>Summe Aktiva</b>	<b>2.746.864,71 €</b>	<b>100,00%</b>	<b>2.464.585,82 €</b>	<b>100,00%</b>

Passiva	2021		2020	
	€	%	€	%
<b>Noch nicht verbrauchte Spendenmittel</b>	2.644.334,96 €	96,27%	2.370.760,23 €	96,19%
Noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden	2.618.045,96 €	95,31%	2.341.499,23 €	95,01%
davon freie Rücklagen € 50.000,00 (Vorjahr € 50.000,00)	- €	0,00%	- €	0,00%
davon Betriebsmittelrücklage 530.000 € (Vorjahr € 460.000,00 €)	- €	0,00%	- €	0,00%
Längerfristig gebundene Spenden	26.289,00 €	0,96%	29.261,00 €	1,19%
<b>Sonstige Rückstellungen</b>	71.900,00 €	2,62%	75.100,00 €	3,05%
<b>Verbindlichkeiten</b>	30.629,75 €	1,12%	18.725,59 €	0,76%
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	- €	0,00%	- €	0,00%
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	21.937,20 €	0,80%	13.119,45 €	0,53%
Sonstige Verbindlichkeiten	8.692,55 €	0,32%	5.606,14 €	0,23%
<b>Summe Passiva</b>	<b>2.746.864,71 €</b>	<b>100,00%</b>	<b>2.464.585,82 €</b>	<b>100,00%</b>

# Der Förderverein für bedrohte Völker e.V.

Der Förderverein für bedrohte Völker e.V. unterstützt humanitäre Projekte zur Verbesserung der Lebenssituation bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten und Nationalitäten. Seit dem Jahr 2006 verfolgt er ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und wird rein ehrenamtlich geführt. Spenden werden zu 100 Prozent an die Projekte weitergegeben. Manche Projekte vermittelt die GfbV an den Förderverein. Oft bitten Minderheitenangehörige um Unterstützung einer Initiative, die Sprache und Kultur oder Zusammenhalt ihrer Gemeinschaft fördert, traditionelles Wissen weitergibt oder Armut bekämpft.

Im Grenzgebiet von Peru und Brasilien leben die Asháninka. Auf diesem biologisch wie kulturell vielfältigen Territorium sind sie zunehmend durch Entwicklungsprojekte wie Straßenbau, landwirtschaftliche Expansion, Ressourcenausbeutung und Drogenhandel bedroht. Ein Projekt in der Region Yurua in Peru und dem oberen Juruá in Brasilien unterstützt Asháninka-Gemeinden dabei, sich sozial und politisch gegenüber den Herausforderungen zu behaupten. Die Mittel ermöglichen die Teil-

nahme an wichtigen Terminen wie den kommenden Klimakonferenzen, dem Expert Mechanism on the Rights of Indigenous Peoples in Genf und dem UN-Permanent Forum on Indigenous Issues in New York. Auch Lobbyreisen durch Deutschland und Treffen mit der hiesigen Regierung und der breiteren Öffentlichkeit werden möglich.

Der Ukraine-Krieg hat viel Solidarität hervorgebracht. Das GfbV-Ehrenmitglied Dr. Faki, ein Kurde aus Afrin, leistet seit Jahren Hilfe für Nordsyrien. Seine Erfahrung und Engagement hat er mit Beginn des russischen Angriffskrieges sofort für die Menschen in der Ukraine eingesetzt. Weil er dort studiert hat, kennt er viele Menschen persönlich.

Eine Liste und eine ausführliche Beschreibung von Projekten des Fördervereins für bedrohte Völker e.V. finden Sie hier:

[www.gfbv.de/de/humanitaere-initiativen/](http://www.gfbv.de/de/humanitaere-initiativen/)

Dem Förderverein gehört auch das Victor-Gollancz-Haus für Menschenrechte in Göttingen (Geiststraße 7), das an die GfbV vermietet wird und Sitz unseres Bundesbüros ist.

# Auf einen Blick

## Vorstand und wichtige ehrenamtliche Gremien

### Vorstand 2021

Burkhard Gauly (Karlsruhe), Bundesvorsitzender  
Eytan Celik (Göttingen), stellvertretende Bundesvorsitzende  
Abidine Ould-Merzough (Aachen)  
Heiko Wächter (Hitzacker)  
Kaan Orhon (Bonn)

### Kassenprüfung 2021

Günther Schierloh (Göttingen)  
Stephanie Brause (Berlin)

### Schiedskommission 2021

Niels Keilhack (Göttingen)  
Ulrich Morenz (Eichstätt)  
Mila Tost (Göttingen)

### Regionalgruppensprecher\*innen 2021

Gesine Gerdes (Berlin)  
Anna Hobbiebrunken (Göttingen)

### Berater

Tilman Zülch (Göttingen), GfbV-Gründer

## Kontakt

Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)  
Geiststraße 7  
37073 Göttingen  
Postanschrift:  
Postfach 2024  
37010 Göttingen  
Tel. 0551 499 06-0  
Fax 0551 58028  
E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)  
Web: [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)



@bedrohteVoelker



@GfbV



@bedrohteVoelker



@GfbVGoettingen



Für Vielfalt



Für Vielfalt

### Zweigstelle in Berlin

Gesellschaft für bedrohte Völker  
Kaiser-Friedrich-Straße 90  
10585 Berlin  
Tel. 030 42804891, Fax 030 42804916  
E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)

# Impressum



Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)  
Postfach 2024, D-37010 Göttingen  
Tel.: +49 551 49906-0, Fax: +49 551 58028  
E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de), [www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

Spendenkonto bei der Bank für Sozialwirtschaft:  
(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070  
(BIC) BFSWDE33HAN

Die GfbV ist eine Menschenrechtorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen und mit mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros und Repräsentant\*innen in Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Großbritannien, Südtirol/Italien, Kurdistan/Irak, der Schweiz und den USA.

Redaktion: Jonas Bermaoui, Colin Pickelmann

Layout: Tanja Wiczorek

Titelbild: Ashaninka bei der COP 26 in Glasgow  
Foto: Eliane Fernandes

Herausgegeben von der  
Gesellschaft für bedrohte Völker  
im September 2022

*Für Menschenrechte. Weltweit.*



Gesellschaft für  
bedrohte Völker

*Für Menschenrechte. Weltweit.*



Gesellschaft für  
bedrohte Völker

Postfach 2024, D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 49906-0

Fax: +49 551 58028

E-Mail: [info@gfbv.de](mailto:info@gfbv.de)

[www.gfbv.de](http://www.gfbv.de)

Spendenkonto

bei der Bank für Sozialwirtschaft:

(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070

(BIC) BFSWDE33HAN